Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20. Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 49. Dinstag den 18. Februar 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Turin, 12. Februar. Der Senat hat gestern mit 31 unter 56 Stimmen den Gesetzesentwurf angenommen, womit solchen italienischen Offizieren, welche bei der Vertheidigung Venedigs thätig waren, eine Unterstützung von 130000 Franks aus Staatsmitteln bewilligt wird. Die Deputirtenkammer hat das Budget des Handelsministeriums nunmehr bis zur 29. Kategorie votirt. Eine englische Gesellschaft beabsichtiget eine Eisenbahn von hier über Vercelli nach Novara zu bauen.

Rom, 10. Februar. Die niederländische Fürstin Marianne ist inkognito aus Neapel hier eingetroffen.

Malta, 3. Februar. Der hiesige britische Gouverneur soll seinen Posten verlassen. Die englische Flotte liegt hier noch beständig vor Anker.

Uebersicht.

Breslau, 17. Februar. Vorgestern kam in der ersten Kammer der Antrag des Abgeordneten v. Arnim, Schleswig-Holstein betreffend, zur Debatte. Wie vorauszusehen war, wurde derselbe durch einfaches Uebergehen zur Tagesordnung beseitigt. Nicht einmal zur motivirten Tagesordnung, welche mehre Abgeordnete beantragt hatten, weil der Antrag selbst durch einige seitdem eingetretene beklagenswerthe Thatsachen erledigt war — konnte sich die Majorität der Kammer entschließen. Die sehr interessante Debatte haben wir möglichst ausführlich in der gestrigen Zeitung mitgetheilt. — In der zweiten Kammer wurde das Ministerium wegen der projektirten Breslau-Posener Eisenbahn interpellirt. Der Minister antwortete: Die Regierung verkenne die Vortheile dieser Bahn nicht und erachte den Bau derselben auf Staatskosten für geeignet, doch über den Zeitpunkt, die nöthigen Vorlagen einzubringen, müsse er sich seinen Entschluß vorbehalten. — Die Kammer setzte hierauf die Debatte über das Steuergesetz fort.

Der Prinz von Preußen ist am 15ten von Berlin nach Weimar abgereist. Am Tage zuvor hatte Se. k. Hoheit eine Deputation der Gesellschaft zur Beförderung des Flachs- und Hanfbaues in Preußen empfangen, welche ihn bat, das Protektorat dieser Gesellschaft zu übernehmen. Der Prinz von Preußen genehmigte die Bitte in einer längeren Ansprache an die Deputation. — Am selben Tage hatte Se. k. Hoheit noch eine Unterredung mit ungefähr 30 Mitgliedern der ersten Kammer. Nach einer Mittheilung der Berliner Voß. Ztg. habe der Prinz bei dieser Gelegenheit u. A. geäußert: das Gouvernement werde die Verfassung heilig halten, doch möge es auch von den Kammern hierin unterstützt werden. Namentlich möge man die neue Gemeinde-Ordnung, das Preßgesetz und das Wahlgesetz zur zweiten Kammer in besondere Erwägung ziehen, man müsse Besorgnisse für die Zukunft hegen, wenn diesen Institutionen nicht eine mehr konservativere Grundlage gegeben werde. Ist diese Mittheilung der Voß. Ztg. richtig, so dürfte die „Reform" mit ihrer letzten Berichtigung in Betreff eines neuen Wahlgesetzes einigermaßen in Verlegenheit gerathen. Uebrigens soll, nach dem C.B., ein Minister nach geschehener Anfrage Seitens eines Deputirten in Betreff dieser Angelegenheit geäußert haben: Se. k. Hoheit habe sich wahrscheinlich im Allgemeinen über die Reform eines Wahlgesetzes ausgesprochen, ohne dabei das Vorhandensein eines bestimmten Gesetz-Entwurfs anzudeuten.

In den letzten Tagen haben zu Berlin außergewöhnlich viele Konferenzen und Audienzen stattgefunden.

Die Spen. Ztg. will erfahren haben, daß das österreichische Ministerium beabsichtige, Rendsburg zur deutschen Bundesfestung zu machen und von Oesterreichern und Preußen besetzen zu lassen. Ueberhaupt solle die ganze nördliche Grenze Deutschlands mehr befestigt werden.

Auch von Frankfurt a. M. berichtet man mit Bestimmtheit, daß sich Frankreich gegen den Eintritt von Gesammtösterreich in den deutschen Bund erklärt und dies sogar den kleineren deutschen Regierungen bereits angezeigt habe. — Auch das Gerücht von dem Abschlusse einer Militärkonvention zwischen Oesterreich und Kurhessen taucht wieder auf. Dem offiziellen Dresdener Journal wird gemeldet: daß man in Frankfurt a. M. bereits Anstalten zur Aufnahme der neuen definitiven Bundesbehörde treffe.

Nach der Kasseler Ztg. werden in diesen Tagen 5000 Mann Bundestruppen Kurhessen verlassen und nur 7000 Mann daselbst verbleiben. — Die Noth im Fuldaer Kreise soll über jede Beschreibung groß sein; eine Deputation aus Frankfurt a. M. hat sich mit eigenen Augen davon überzeugt.

Die zweite Kammer zu Darmstadt hat sich selbst am 13. d. M. vertagt, um den Ausschüssen mehr Zeit zu ihren Vorarbeiten zu verschaffen.

Die meisten deutschen Staaten senden gegenwärtig ihre Minister nach Dresden, wo in den nächsten Tagen (wie man glaubt) die Grundlagen für die Neugestaltung des deutschen Bundes definitiv festgestellt werden sollen. Von Darmstadt ist der Ministerial-Direktor v. Dalwigk und von Stuttgart der Staatsrath Linden bereits nach Dresden abgereist. Die beiden Ministerpräsidenten v. Manteuffel und Schwarzenberg befinden sich wahrscheinlich schon seit gestern daselbst.

Die beiden Professoren Haupt und Mommsen, an der Universität zu Leipzig, sind in zweiter Instanz von der Anklage der Betheiligung an den Mai-Ereignissen 1849 freigesprochen worden.

Die Präsidenten und Vicepräsidenten der beiden Kammern zu Hannover sind nun sämmtlich gewählt und respektive ernannt. — Die offizielle Hannoversche Zeitung enthält eine Darlegung, oder vielmehr Rechtfertigung der bisherigen deutschen Politik der Hannoverschen Regierung namentlich in Bezug auf Kurhessen. (S. Hannover.)

In der zweiten Kammer zu München ist der Antrag der Linken auf eine Adresse an den König mit 76 gegen 40 Stimmen verworfen worden. — In Baiern sind bereits verschiedene Rüstungen angeordnet worden, die auf einen beabsichtigten Zug gegen die Schweiz schließen lassen.

Auch in Paris wird man auf die Schweizer Frage aufmerksamer. Wie man von dorther meldet, sollen alle Großmächte (auch England?) einig sein, wegen der Flüchtlinge Garantie'n zu verlangen, ja, die französische Regierung deshalb eine energische Note an die Schweiz erlassen haben. — Ein pariser Journal (welches unter russischem Einflusse stehen soll) spricht bereits von einer Theilung der Schweiz. — Preußen und Oesterreich sollen bereits der französischen Regierung in einer Note die Maßregeln notifizirt haben, welche sie gegen die Schweiz ergreifen wollen. Auch die berliner Spener'sche Ztg. meldet, daß nach Erledigung der schleswig-holsteinschen Angelegenheit die Verhältnisse zwischen Preußen und der Schweiz wegen des Kantons Neuenburg, sowie auch die Flüchtlingsfrage in ernsten Angriff genommen werden sollen. Letzterer Punkt soll namentlich von Rußland eifrig betrieben werden.

In der Schweiz scheint man dies drohende Unwetter bis jetzt noch gar nicht zu beachten. Doch hat neuerdings der Bundesrath verschärfte Befehle in Bezug auf deutsche Flüchtlinge erlassen.

Die österreichischen Truppen sollen in Holstein nicht ein so geregeltes Benehmen beobachten, als sie es auf dem Marsche durch die anderen deutschen Staaten gezeigt haben. Sie betrachten die Holsteiner als „Spektakelmacher" und „Revolutionärs," und mehrmals wäre es zu ernsten Konflikten gekommen, wenn nicht der gesunde Sinn der Einwohner diese vermieden hätte. — Die „Reform" veröffentlicht einen Entwurf für die Regelung der Verhältnisse des dänischen Gesammtstaates zu Schleswig und Holstein. Derselbe soll, nachdem er dem deutschen Bunde vorgelegt, von der dänischen Regierung der Versammlung von Vertrauensmännern zur Berathung und Annahme zugehen.

Der Ostsee-Ztg. wird aus London geschrieben: daß die preußische Regierung an der dortigen Börse eine Anleihe von 15 Millionen abzuschließen beabsichtige. — Im Unterhause wurde am 12ten die Debatte über die kirchliche Frage fortgesetzt. Die beiden vorzüglichsten Redner, die an diesem Tage auftraten, waren Hume und Russell. — Am folgenden Tage wurde die Motion d'Israëlis, welche auf das Schutzzollsystem hinarbeitet, mit 281 gegen 267 Stimmen verworfen. Die Sitzung dauert bis Nachts 2 Uhr.

Die Wiener „Ostd. Post" widmet dem drohenden Konflikte zwischen der Pforte und dem Vicekönig von Egypten einen leitenden Artikel. Auch dieses Journal äußert die Besorgniß, daß hieraus ein allgemeines europäisches Zerwürfniß sich entwickeln könne; denn diesmal ständen nicht, wie 1840, fast sämmtliche europäischen Großmächte auf Seiten der Pforte, sondern Oesterreich und Rußland scheinen sich jetzt entschieden gegen den Sultan erklärt zu haben. Auch auf die Wiener Börse hat dieser drohende Konflikt Einfluß geäußert — Die in der Umgegend von Wien zusammengezogenen Truppenmassen (besonders Reiterei) erregen in der österreichischen Hauptstadt mancherlei besorgliche Vermuthungen. — Oesterreich nähert sich mit starken Schritten seiner finanziellen Katastrophe.

Breslau, 17. Februar.

Die so unruhig begonnene Kammersaison nimmt von Tag zu Tag mehr den Charakter einer harmlosen Idylle an. Würden nicht von Zeit zu Zeit Gerüchte in das Publikum gestreut, daß das im Besitz der Majorität befindliche Centrum der zweiten Kammer an der Politik der Minister durchaus keine Freude finde und nur aus Rücksichten, die man nicht bezeichnen darf, seinen Unwillen unter dem Mantel eines imponirenden Stillschweigens verberge, so müßten wir in Versuchung kommen, Preußen für einen konstitutionellen Musterstaat zu halten und an ein Einverständniß zwischen Regierung und Kammern zu glauben, wie es kaum in dem Lande konstitutioneller Erbweisheit anzutreffen ist.

Alle Welt weiß es, daß dem nicht so ist, daß die offizielle Haltung der Kammern nicht einmal als der wahre Ausdruck ihrer Meinung, viel weniger als der treue Spiegel der Meinung des Landes angesehen werden kann.

Hätten wir für diese Annahme keine andern Bürgschaften, als die verstohlenen Andeutungen, welche aus den Mittelparteien der Kammern zuweilen in die Oeffentlichkeit kommen, so würden wir uns nicht erlauben, an der Aufrichtigkeit des Einverständnisses zwischen den Kammermajoritäten und der Regierung zu zweifeln, denn wer des Muthes ermangelt, seine Meinung da offen auszusprechen, wo Beruf und Pflicht die Vertretung derselben von ihm fordert, der verdient keinen Glauben, wenn er uns auf Schleichwegen den Besitz einer eigenen selbstständigen Meinung einreden will. Aber wir schöpfen unsere Ansicht aus der Natur der Dinge und aus dem Glauben an den gesunden Menschenverstand.

Die Natur der Dinge macht einen solchen Umschwung der Ueberzeugungen, wie er stattgefunden haben müßte, wenn die Meinung des Volkes mit den jetzt klar gewordenen Maximen der Minister im Einklange stehen sollte, entschieden unmöglich. Stimmungen wechseln, und auf eine augenblickliche Erregung mag wohl ein vorübergehender Zustand der Ermattung folgen. Aber der Kontrast zwischen der vornovemberischen ostensibeln und der gegenwärtigen durchsichtigen Politik der preußischen Regierung ist nicht blos das Resultat wechselnder Stimmungen, sondern des Umsturzes aller gründlegenden politischen Prinzipien.

Haben die Kammern der vornovemberischen Politik in ihren Zwecken aufrichtig beigestimmt — und wir haben keinen Grund, an der Aufrichtigkeit ihrer wiederholt ertheilten Zustimmung zu zweifeln — so ist es unmöglich, daß sie zu der gegenwärtigen eine andere als eine oppositionelle Stellung einnehmen. War der Ausbruch des Unwillens über die neuen Wege der Regierung nicht eine unwahre Demonstration — und wir wüßten nicht, was so friedfertige Männer zu einer solchen hätte hinreißen sollen — so kann das gegenwärtige System der resignirten Tagesordnungen nicht den Ansichten der Kammern entsprechen.

In einzelnen unklaren oder unaufrichtigen Köpfen mögen wohl solche plötzliche Umwandlungen aller politischen Grundanschauungen zuweilen erklärlich gefunden werden, bei einer ganzen Körperschaft gebildeter Männer gehören sie in das Gebiet der Mythe, und kein ernsthafter Mann sollte sich so lächerlich machen, um den Glauben an ihre Wirklichkeit zu heucheln.

Die Vergangenheit selbst dieser Kammern berechtigt uns zu der Voraussetzung, daß die Ueberzeugungen ihrer Mehrheit, oder was jetzt dasselbe sagen will, ihres Centrums, zu den Anschauungen und Tendenzen der Minister im Gegensatze stehen, daß sie die Verderblichkeit der eingeschlagenen Politik für unsern Staat und für Deutschland erkennen.

An eine Irreleitung ihrer Ueberzeugung zu denken, wäre eine Beleidigung des gesunden Menschenverstandes in ihnen. So lange die Regierung vorgab, dieselben bescheidenen Ziele zu verfolgen, welche jene Kammermehrheit zu den ihrigen gemacht hatte, und nur durch Handlungen der Unentschiedenheit und Zweideutigkeit die Zweifel an der Energie und Rückhaltlosigkeit ihres Willens nährte, so lange konnte das ihnen innewohnende unverwüstliche Vertrauen die Klarheit ihres Blickes trüben, so lange konnten sie einer entgegengesetzten Politik in der Meinung beistimmen, daß sie noch die ihrige sei.

Die gegenwärtige Politik hat sie der Gefahr eines Irrthumes dieser Art überhoben. Ihre Ziele liegen offen da, ihre Absichten werden auf das Freimüthigste bei jeder geeigneten Gelegenheit bekannt und selbst wo sie die Details in ein diplomatisches Geheimniß hüllt, legt sie die leitenden Grundsätze offen dar. Die gegenwärtige Politik ist die Politik der äußersten Rechten und vermeidet selbst den Schein, als etwas anderes zu scheinen.

Der herrschenden Partei gegenüber kann es sich nicht mehr um Vertrauen oder Mißtrauen, nicht mehr um Vermittelung und Mäßigung handeln. Sie repräsentirt den schroffen Gegensatz jeder modernen Entwickelung, den „Bruch mit der Revolution." Ihre Grundsätze kann man nur annehmen oder bekämpfen.

Zwischen dieser Partei der unbedingten Restauration, der reinen Feudal-Monarchie und den Centren der Kammern liegt trotz alles Schwankens der Letzteren eine breite Kluft, eine Kluft, welche unausfüllbar ist, weil sie durch den Gegensatz der Grundanschauungen und der tiefgreifendsten persönlichen und Standesinteressen gebildet wird.

Wenn dennoch die Verhandlungen der Kammern ein Bild der Eintracht zwischen jenen beiden Richtungen darbieten, wenn die folgenschwersten Akte der Restaurations-Partei durch die Tages-Ordnungen der Kammern zu gleichgültigen Maßregeln gestempelt werden, wenn man im Innern für Staat und Kirche die Grundlagen ihres Neubaues aus jenem Systeme entnehmen, alle Freiheiten der Nation nach seinem Maßstabe bemessen, nach Außen den Staat in Allianzen verstricken läßt, welche ihn vielleicht für eine lange Zukunft in die Ketten dieses Systems der Unfreiheit und der Schwäche schmieden: so haben wir in einem solchen Verfahren nicht mehr Irrthümer der Ueberzeugung zu suchen, nicht mehr Mangel an Einsicht zu beklagen, sondern nur die Unwahrheit unserer öffentlichen Zustände zu constatiren. Wir haben anzunehmen, daß die Kammern mit vollem Bewußtsein und wohlbedacht ein System fördern oder dulden, welches der Gegensatz ihrer eigenen Ueberzeugung ist.

Wenn in einem Staate die Unwahrheit der öffentlichen Zustände zur Regel erhoben und die Verleugnung der heiligsten Ueberzeugungen als politische Weisheit offen gepriesen wird, so darf man sicher annehmen, daß irgendwo die Fäulniß an ihm nagt.

Es wird nicht schwer halten, auch an unserem Staatskörper die faulen Stellen nachzuweisen. Das Uebel ist nicht neu. Wir kränkeln daran, so lange die gegenwärtigen Kammern bestehen.

Bei ihrem Zusammentritt war es die noch frische Furcht vor der Demokratie, welche die Kammermehrheit antrieb, in blinder Hast mit einer Fülle von Machtvollkommenheit die Regierung zu überschütten und dabei der Sicherung ihrer eigenen Rechte zu vergessen. So schufen sie eine Verfassuug, welche zwar geeignet war, jenem nächsten gefürchteten Feinde den Zugang zu verschließen, dafür aber der Willkür von anderer Seite Thür und Thor öffnete. Als diese Verfassung vollendet war und nun das Anmuthen an sie gestellt wurde, ihr eigenes Werk umzustoßen, da gehorchten sie, abermals gegen ihre Ueberzeugung, dem Machtgebote, weil man mit der Aussicht auf ein Ministerium der äußersten Rechten sie in Schrecken jagte, und den Bestand der gesetzlich bestehenden Verfassung ihnen als gefährdet erscheinen ließ. Sie gehorchten und gaben flugs noch ein gut Theil verfassungsmäßiger Schutzmittel der Freiheit auf.

Jetzt haben wir das Ministerium der äußersten Rechten, wir haben aber auch die beschworne Verfassung. Und doch wiederholt sich das alte Spiel. Doch weichen die Kammern gegen ihre Ueberzeugung von Position zu Position zurück. Auf ihren Einfluß auf die äußere Politik haben sie verzichtet und schweigend zugesehen, wie das Schiff unseres Staates lustig in den Hafen der heiligen Allianz einsegelt. Ueber die Sanctionirung des Absolutismus in der Kirche sind sie zur Tagesordnung gegangen. Nur noch den Rest der Preßfreiheit brauchen sie zu opfern, nur die Ueberreste der Revolution brauchen sie aus der Verfassung herauszurevediren und ihr Werk ist vollendet. Wenn sie dann auf ihre Thaten zurückblicken, so wird ihnen der Spiegel ihrer Vergangenheit das Bild des Saturnus zeigen, der seine eigenen Kinder verschlingt. Ein verhängnißvoller Grundfehler haftet der Partei an, welche die Mehrheit dieser Kammern bestimmt. Ihr fehlt der Muth der Ueberzeugung und das Vertrauen in die Kraft ihrer eigenen Grundsätze, ihr fehlt mit einem Worte der politische Charakter.

So sucht sie denn, statt den Kampf mit dem Gegner aufzunehmen, durch vorsichtige Wendungen immer dem nächsten Schlage auszuweichen und merkt es nicht, daß sie mit jeder dieser klugen Wendungen einen Schritt Terrain aufgiebt und unausbleiblich sich der Grenze nähert, wo sie nichts mehr aufgeben kann, weil sie allen Boden verloren hat.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

25. Sitzung der zweiten Kammer, am 15. Februar.
Präsident: Graf Schwerin.
Eröffnung: 12¼ Uhr.

Am Ministertische: v. d. Heydt und Regierungs-Kommissarius geh. Finanzrath Bitter; später: v. Rabe und v. Stockhausen.

Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird durch den Schriftführer Abg. Geßler verlesen und von der Kammer genehmigt.

Der Abg. Behn zeigt an, daß er sein Mandat niederlege.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen und zwar zur Beantwortung der Interpellation des Abg. Hirsch in Betreff des Baues einer Eisenbahn von Posen nach Breslau.

Der Interpellant führt an, daß diese Interpellation nur den Zweck habe, die offizielle Erklärung der Regierung über den Bau dieser Bahn zu veranlassen. Die Gründe, welche für die Nothwendigkeit dieser Bahn sprechen, habe er bereits in der Sitzung der zweiten Kammer vom 2. November 1849 dargelegt und wolle sie deshalb nicht wiederholen.

Staatsminister v. d. Heydt. Die Regierung habe an diesem Projekt mit großem Interesse gearbeitet; es ist den Vorarbeiten, die jetzt zu Ende geführt sind, die größte Sorgfalt gewidmet worden. Die großen Vortheile, welche durch Ausführung dieser Bahn zu erwarten stehen, sind nicht verkannt worden, und wird es auch nicht übersehen, daß die Strecke ein Theil der von den damals für nöthig erkannten Linien, die einzige ist, die noch nicht ausgeführt worden. Die Regierung sei daher der Meinung, daß die Bahn zur Ausführung geeignet sei, glaubt aber mit solchem großen Bau nur allmälig vorgehen zu dürfen, mit Beachtung der Finanzlage. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse muß sie den Zeitpunkt über die Ausführung zu bestimmen sich vorbehalten.

Hierauf wird zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur Fortsetzung der Berathung des Einkommensteuergesetzes, übergegangen. Der erste Redner ist der Abg. v. Kleist-Reetzow. Nachdem der Redner einige Bemerkungen des Abg. Matzerath widerlegt und namentlich darauf hingewiesen, daß die Ermäßigung der Salzpreise circa 2 Millionen erfordert, welche in Rechnung zu stellen vergessen worden seien, geht er auf die von dem Abg. v. Vincke gemachten Ausführung über und hält demselben entgegen, daß die Kammern berufen seien zu helfen und zu bessern, aber niemals Unfrieden in das Land zu schleudern und es mit „ein Bischen Revolution" zu versuchen. Die Kammer dürfe das im Artikel 109 verbürgte Recht der Krone nie angreifen, sondern müsse dasselbe schützen und wahren. Die Kammern sollen helfen dem Lande, dies werde aber dadurch nicht geschehen, wenn dem Ministerium die Mittel zu regieren geraubt würden; es dürfe die Aufregung dadurch nicht in das Land geworfen werden. Nur mit der festen vollen Unterstützung des § 109, welcher durch diese Debatte etwas berührt werde, sei die Konstitution möglich, indem der Rechtszustand es erheische, daß das Gleichgewicht der verschiedenen Gewalten nicht einseitig geändert werden dürfe. Mit den Zusatzamendements wolle man das den Kammern zustehende Steuerbewilligungsrecht in Zusammenhang bringen; man wolle die Steuern bewilligen, allein das Ministerium von der alljährlich einzuholenden Bewilligung wieder abhängig machen. Schließlich erklärt sich der Redner entschieden gegen die Annahme des Gesetzes auf Zeit. (Bravo!)

Abg. Richtsteig verwahrt sich zuerst dagegen, daß in dem zu dem Gesetze gestellten Zusatze ein Mißtrauen gegen das Finanzministerium liege. Es enthalte der Antrag weiter nichts, als eine Wahrung des Rechts der Volksvertretung. Von einer Steuerverweigerung sei durchaus nicht die Rede.

Die Kammer befinde sich zum ersten Male in der Lage, eine neue Steuer zu bewilligen, und sei es hier die Pflicht der Kammer, Alles geltend zu machen, das Recht der Kammer zu erhalten. (Bravo links.) Er erklärt sich unvermögend, zu ermessen, welchen Ertrag diese Steuer bringen werde, aber das wolle er aussprechen, daß sie einen weit höhern Betrag als früher liefern werde. Die Kammer dürfe sich nicht des Einflusses berauben, den eine gewissenhafte zweite Kammer auf die Steuerbewilligung besitze. Man könne es nicht verantworten, das ohnehin in Preußen beschränkte Recht der Steuerbewilligung aufzugeben. Er stelle es dahin, ob die Regierung Sr. Majestät weise handle, wenn sie durch Opposition gegen den Zusatz-Antrag, ihre Befugniß weiter auszudehnen versuche, als ihr zustehe. (Hört! Hört!)

Er beantragt die Annahme des von ihm gestellten Amendements.

Dasselbe wird von der Kammer ausreichend unterstützt und lautet:

Richtsteig und Genossen. Die Kammer wolle beschließen: Dem Gesetz-Entwurf nachstehende, hinter § 37 desselben einzuschaltende Bestimmung beizufügen: Die nach diesem Gesetze bei Erhebung der Klassensteuer, der klassifizirten Einkommensteuer und der Mahl- und Schlachtsteuer zur Anwendung kommenden Steuersätze erleiden bis zum 31. Dezember 1855 (Eintausend achthundert fünfundfünfzig) keine Aenderung. Mit dem Beginn des darauf folgenden Jahres tritt eine, dem Mehrertrage über das bisherige Aufkommen entsprechende, lediglich im Verwaltungswege festzustellende verhältnißmäßige Herabsetzung aller Steuersätze ein, sofern nicht bis dahin die unveränderte Forterhebung der jetzigen Steuersätze, beziehungsweise die Verwendung des Mehrertrages zur Erleichterung der ärmeren Einwohnerklassen im Wege der Gesetzgebung festgestellt wird.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird verworfen.

Abgeordneter von Vogelschwingh (Hagen). Er glaube, daß die politischen Momente bei dieser Debatte ganz ausscheiden müssen. Das Recht der Kammer, eine Steuer auf Zeit zu bewilligen, läge klar und offen dar, und würde er sich nicht scheuen, wenn er auch als kleiner Steuerverweigerer verschrien werde, für den Zusatzantrag zu stimmen. Er würde sich auch nicht davon abhalten lassen, wenn die Regierung auch in Folge davon das Gesetz zurückziehen würde, eben so, wenn auch die Annahme des Antrages eine Kammerauflösung zur Folge haben würde. Er werde aber nicht für den Antrag stimmen, weil das Recht der Kammer bei dieser Bewilligung weder in Frage gestellt noch bestritten werde. Man dürfe, ohne sanguinisch zu sein, hoffen, daß eine bedeutende Erhöhung der Steuereinnahme sich jährlich herausstellen würde. Der Redner beweist, daß die preußischen Finanzen sich jährlich, bei der bekannten Sparsamkeit, nur etwa um 400,000 Thlr. vermehren werden. Es fragt sich nun, ob eine solche Zeitbewilligung, vorausgesetzt, daß sie von den politischen Motiven frei, eine weise sei. Er setze voraus, daß die Kammer nicht gesonnen sei, von den in dem Gesetz enthaltenen Bestimmungen etwas zu streichen, wenn es nicht vielleicht in Betreff der Abgaben der ärmeren Einwohner geschehen solle. Er könne sich deshalb auch nicht für die Amendements erklären, denn wenn die in den Amendements beantragte Herabsetzung der Steuer jetzt bereits ausgesprochen werde, so sähe er darin eine Verletzung des Artikels 109. Die Kammern seien bestimmt, sowohl die Rechte der Kammern, als auch die Rechte der Regierung nach allen Seiten hin zu wahren und zu schützen. Er beantragt die Verwerfung sämmtlicher Amendements. (Bravo.)

Abg. Harkort: Er werde die Bestimmungen der Verfassung nicht bekritteln, er wolle nur gegen die übermäßige Erhöhung des Budgets auftreten. Die Steuerverweigerer hätten einen bösen Leumund, die Zeit müsse kommen, wo die Steuerbewilliger ohne Ende demselben Schicksale verfielen. Es müsse Sparsamkeit eingeführt werden, es dürfe keine Steuer für immer bewilligt werden; die Finanzen könnten sich bessern, aber bewilligte Steuern

würden schwer wieder zurückgenommen. Er stimme daher für das Amendement des Abg. Schubert. (Bravo.)

Staatsminister v. Rabe: Schon in der Kommission der Kammer habe er sich dahin ausgesprochen, daß die Regierung den vorliegenden Gesetzentwurf nicht würde ins Leben führen können, wenn die Bewilligung der Steuer an eine kurze Frist geknüpft würde. Die Gründe haben in der Kommissinn gewisse Anerkennung gefunden, auch habe man auf einen Prinzipienstreit nicht zurückgehen wollen. Es sei in Folge dessen ein Mittelweg gesucht worden, auf welchem man die beiderseitigen Rechte glaubte wahren zu können. Diesen habe man geglaubt in einem Amendement zu finden, in welchem die Verbesserungsvorschläge ausgesprochen worden seien. Daß diese Verbesserungsvorschläge nicht annehmbar erscheinen, sei von dem Abgeordneten für Hagen so gründlich ausgeführt worden, daß er nichts weiter hinzuzufügen habe. Er glaube aber darauf aufmerksam machen zu müssen, daß die vorgeschlagene Steuer keine neue sei, denn sie solle an die Stelle der alten Mahl- und Schlachtsteuer und der Klassensteuer treten. Das Projekt dieser Steuer sei nicht davon ausgegangen, daß eine Erhöhung beabsichtigt werde, sondern von dem allgemeinen Verlangen, die reichere Klasse stärker heranzuziehen. Wenn die neue Steuer einen Mehrertrag liefern solle, so stehe das noch nicht fest, ob und in welchem Umfange. Zu bemerken sei dabei, daß der Ertrag der alten Steuer in den letzten Jahren schon durch die Zeitverhältnisse bedeutend herabgedrückt sei, indem den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten der dritte Theil verabfolgt und die Klassensteuer herabgesetzt worden sei. Er glaube daher, daß die Amendements gegen die Grundsätze der Kommission verstoßen. Jedenfalls würde die Regierung im Nachtheile sein, wenn sie sich nach dem vierten Jahre mit dem jetzigen Steuerertrag wieder begnügen solle. Ebenfalls würde die Ausführung des Amendements eine sehr schwierige sein; es würde berechnet werden müssen, wie viel die neue Steuer mehr erträgt, als die alte und müßte aldann bei allen Steuersätzen der Bruchtheil, der sich ergäbe, abgesetzt werden. Es würde wünschenswerth sein, wenn die neue Steuer einen Mehrertrag ergeben sollte, damit dieser Mehrertrag zum Erlaß anderer Steuern verwendt werden könne. Er beantragt deshalb dringend, die Amendements zu verwerfen.

Abg. Urlichs erhält das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, um einige Mißverständnisse seiner Rede zu berichtigen.

Abg. Bismark-Schönhausen (zur persönlichen Bemerkung): Der Abg. Urlichs habe Worte von ihm mit dem Ausdruck „frivole Spöttereien" bezeichnet. Das Präsidium habe den fraglichen Fall nicht gerügt. Er habe jetzt das Wort ergriffen, um dem Abg. Urlichs Gelegenheit zu geben, seine eigenen persönlichen Bedenken über die frühere Aeußerung durch deutlichere Erklärungen zu beseitigen.

Der Präsident erklärt, daß die Worte des Abg. Urlichs nicht so gewesen seien, wie der Abg. v. Bismark angeführt; dieselben hätten lediglich ein allgemeines Urtheil enthalten, weshalb er nicht Veranlassung gefunden, von seinem Amtsrecht Gebrauch zu machen.

Abg. Urlichs: Er könne sich lediglich auf den stenographischen Bericht berufen, der beweisen würde, daß er das Wort „frivol" nur von denjenigen Lehren gebraucht habe, welche in den Schulen des Landes gelehrt würden.

Der Berichterstatter v. Camphausen erhält das Schlußwort. Derselbe nimmt Gelegenheit, in Bezug auf die gestrige Aeußerung des Abg. v. Bismark, daß die Finanzkommission mit einem gewissen Wohlgefallen den Ausdruck „Volksvertretung" gebraucht habe, zu erwidern, bei den Mitgliedern der Finanzkommission habe der gewählte Ausdruck keinen Anstoß erregt, noch viel weniger sei derselbe in einer tendenziösen Absicht gebraucht, sondern als der natürlichste gewählt; man sei davon ausgegangen, daß der Art. 83 der Verfassung mehr sei, als eine Behauptung, sondern, wie die Verfassung eine Wahrheit. Es wird zur Abstimmung geschritten. Für sämmtliche Abstimmungen sind Anträge auf namentliche Abstimmungen eingelaufen.

Staatsminister v. Westphalen tritt ein.

Zunächst wird über den Schubertschen Antag namentlich abgestimmt. Derselbe lautet:

Die hohe Kammer wolle beschließen: Dem Gesetze als § 38 die nachstehende Bestimmung hinzuzufügen: Die nach diesem Gesetze bei Erhebung der Klassensteuer, der klassifizirten Einkommensteuer und der Mahl- und Schlachtsteuer zur Anwendung kommenden Steuersätze erleiden bis zum 31. Dezember 1852 keine Aenderung. Mit dem Beginn des folgenden Jahres tritt eine dem Mehrertrage über das bisherige Auskommen entsprechende, lediglich im Verwaltungswege festzustellende verhältnißmäßige Herabsetzung aller Steuersätze ein, sofern nicht bis dahin die unveränderte Forterhebung der jetzigen Steuersätze, beziehungsweise die Verwendung des Mehrertrages zur Erleichterung der ärmeren Einwohnerklassen im Wege der Gesetzgebung festgestellt wird.

Mit Ja antworteten: v. Saucken-Tarputschen, Urlichs, von Vincke, Aldenhoven, v. Auerswald, v. Beughem, Bleibtreu, Broicher, Bürgers, Camphausen, v. Patow, v. Seckendorff, Tellkampff.

Mit Nein: Scheerer, Graf Villers, v. Arnim, Bernuth, Bauer, Saatzig, v. Bismark, Bonseri, Brauchitsch, Fröhner. Nobiling, Osterrath, Simons, Stiehl, sämmtliche Staatsminister, die zugleich Mitglieder der Kammer sind.

Mit Ja haben gestimmt 117, mit Nein 186, der Antrag ist also abgelehnt.

Man geht nun zum Fröhnerschen Antrage über. Der Namensaufruf ist hinreichend unterstützt.

Der Fröhnersche Antrag geht dahin, daß mit dem 31. Dezember 1853 im Verwaltungswege eine Reduktion der durch gegenwärtiges Gesetz eingeführten Steuern eintrete, so weit die Gesetzgebung nicht anders bestimmen werde.

Mit Ja stimmen: v. Auerswald, Beseler, v. Beughem, Brockhausen, Broicher, Camphausen, von Canitz, Graf Cieszkowsky, Duncker, Fröhner, Harkort, v. Niegolewsky, v. Patow, Pochhammer, Riedel, beide Abgg. v. Saucken.

Mit Nein stimmen: v. Bernuth, v. Bismark-Schönhausen, v. Bodelschwingh-Hagen, v. Brauchitsch, Burkhardt, Ebert, Gellern, von der Heydt, v. Holzbrinck (Siegen), Jungbluth, v. Kleist-Retzow, v. Manteuffel, Osterrath, Scherer, v. Stockhausen.

Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Mit Ja haben gestimmt 130, mit Nein 170, der Antrag ist also abgelehnt.

Auch über den Antrag des Abgeordneten Richtsteig wird namentlich abgestimmt; das Resultat ist: mit Ja stimmten 153, mit Nein 144, der Antrag des Abgeordneten Richtsteig ist also angenommen.

Man geht zur Debatte des Antrages des Abgeordneten von Vincke über.

Der Antrag des Abg. v. Vincke geht dahin:

Die hohe Kammer wolle beschließen: Der Finanzkommission aufzugeben, die Vorlage der in den Plenarsitzungen über die einzelnen Artikel des Entwurfes eines Gesetzes, die Einführung einer Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer betreffend, gefaßten Beschlüsse so lange auszusetzen, bis von der Kammer die Berichte der Central-Budgetkommission und Finanzkommission über das Budget, den Rechenschaftsbericht von 1849, die Rechenschaft über die Verwendung des in der letzten Session votirten Kredits von 18 Millionen, sowie die von der Regierung Sr. Majestät noch zu ertheilende genaue Auskunft über die gegenwärtige Finanzlage des Staates geprüft sein werden.

Abg. v. Vincke: Ehe man das Gesetz definitiv annehmen könne, müsse man Gewißheit darüber haben, daß Bedürfniß und zwar ein wie hohes vorliege; denn die Kammer sei Verwalterin eines fremden Vermögens. Hierzu sei nöthig, daß man das Budget berathe, daß man die Rechenschaft über den Kredit von 18 Millionen abgenommen, daß man Auskunft über die Finanzlage des Staats erhalten habe. Von diesen Vorlagen sei die wichtigste der Rechenschaftsbericht über die Verwendung des Kredits von 18 Millionen. Man könne den Einwand machen, daß man dem Ministerium Vollmacht gegeben habe, diese 18 Millionen zu kontrahiren und zu gebrauchen, und daß man keine conditio indebiti anstellen könne. Aber man wolle ja weder eine Regreßklage anstellen, noch eine Ministerklage erheben. Allein man müsse doch, wenn man dem Ministerium ein neues Vertrauen in einer Steuerbewilligung auf 5 Jahre schenken wolle, untersuchen, ob es dem früher geschenkten Vertrauen entsprochen habe. Die Kammer habe zwar den Kredit nicht mit ausdrücklichem Vorbehalt bewilligt, aber doch die bestimmte Absicht gehabt, der Regierung die Mittel zu gewähren, die Unionspolitik durchzuführen. Zum Beweise verliest der Redner eine Stelle aus einer von dem Abg. v. Bodelschwingh in Erfurt gehaltenen Rede. Dieser Voraussetzung der Kammer habe die Regierung nicht entsprochen, sie habe den Kredit zur Durchführung einer himmelweit davon entfernten Politik verwandt.

Man muthe ihm zu, gewisse Rücksichten auf das Ministerium zu nehmen, da er an der Zurückziehung der Truppen am 18ten März Schuld gewesen sei. Er habe dem letzterem Faktum schon früher widersprochen. Wenn er die frühere Politik des Ministeriums unterstützt habe, so brauche seine Stellung zu demselben keine perennirende zu sein.

Der Abg. v. Bismark habe die Kammer darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich nicht in auswärtige Politik zu mischen habe. Er sehe in dieser Mahnung einen Vorboten zukünftiger Ereignisse. (Hört! Hört!) Der Redner sucht aus mehreren Beispielen nachzuweisen, daß die Kammer sich schon öfter unter allgemeiner rechtlicher Anerkennung mit der auswärtigen Politik beschäftigt habe. Auch die Verfassung weise ihr dieses Recht zu, und die Kammer habe sogar die Pflicht, der Abschließung eines Vertrages zu präveniren, deren nachherige Verwerfung durch die Kammer das Land kompromittiren würde.

Er glaube nicht, daß das Mitglied für Westhavelland die betreffenden Bestimmungen der Verfassung wieder ad partes infidelium verweisen werde. In diesem Falle habe das Ministerium die Pflicht, die Verfassung gegen dieses Mitglied in Schutz zu nehmen. Wenn dasselbe Mitglied behaupte, man wolle durch eine kleine Steuerverweigerung einen Ministerwechsel herbeiführen, so führe doch eine Nichtübereinstimmung der Regierung und der Kammer keineswegs nothwendig zum Ministerwechsel; sie könne eben so gut zu einer Kammerauflösung oder zu einer Aenderung der Ansichten des Ministeriums führen, wie die letztere ja schon einmal vorgekommen sei. Der Redner läßt sich auf die weitere Aeußerung desselben Redners ein, daß das Ministerium in keiner engen Verbindung mit einer Partei der Kammer stehe.

Der Präsident ersucht den Redner sich an die Sache zu halten.

Abg. v. Vincke: Das Mitglied für Belgard (Kleist-Reetzow) habe die Kammer gewarnt, daß sie sich nicht um Kleinigkeiten kümmere. Aber die Steuerbewilligung sei ein Kardinalpunkt der Verfassung.

Der Streit zwischen Kammer und Regierung müsse endlich zum Austrage kommen; es sei eine unumwundene Erklärung der Kammer nöthig, damit diese nicht in die Lage jenes Römers komme, mit verhülltem Haupte den Todesstreich zu empfangen. (Bravo!)

Abg. v. Bodelschwingh (Hagen): Er müsse die Rede des Vorredners entweder für verspätet erachten, weil sie zur allgemeinen Diskussion gehörte, oder aber für verfrüht, weil sie zu dem Antrage des Vorredners, die Lage des Landes zu untersuchen, müßte gehalten werden. (Bravo.) Er fühle durchaus deshalb keine Neigung, auf die Ausführungen des Vorredners näher einzugehen, und werde die Kammer denn auch nur sehr Nüchternes von ihm zu hören bekommen. Die Vorlegung des Budgets sei noch nicht vollendet, so viel könne er aber sagen, daß die Deckung des Defizits nicht durch eine Mehreinnahme beabsichtigt werde, sondern durch Ersparnisse, da er, der Redner, selbst von dem Herrn Finanzminister aufgefordert worden sei, so viel Ersparnisse als möglich zu machen. Handele es sich aber darum, zu fragen, ob eine Mehreinnahme nöthig sei, so könne er es nur mit einem „Ja" beantworten. Er unterscheide die Regierung stets von den Personen, und fordere die Regierung etwas Nothwendiges, so wolle er es bewilligen, mag es fordern wer da wolle. Er stimme gegen das Amendement.

Abg. v. Beckerath (für den Antrag) verweist auf die Erklärnng der Regierung vom 17. August 1850, daß es nicht in ihrer Absicht liege, durch die Einkommensteuer die Kräfte des Landes höher anzuspannen. Das Ministerium habe dem Vertrauen nicht entsprochen, unter dessen Einfluß ihm die Kammer die 18 Millionen bewilligt habe. Der weitere Verlauf der Rede war wegen großer Unruhe der Versammlung von der Journalisten-Tribüne aus nur fragmentarisch zu verstehen.

Der Schluß ist beantragt, wird indessen abgelehnt.

Abg. v. Bismark-Schönhausen: Er wolle nicht um 4 Uhr noch weite Ausführungen machen. Er sei nur durch die Rede des Abgeordneten für Aachen veranlaßt zu erklären, daß er sich nicht, wie der Redner behauptet, des Einflusses auf die Räthe der Krone erfreue, den er sehr wünschte zu besitzen. Was den dem Ministerium vorgeworfenen Wechsel der Ansichten betreffe, so müsse er bemerken, daß vier Mitglieder seit der Zeit aus dem Ministerium ausgeschieden seien und daß es in konstitutionellen Staaten nicht ungewöhnlich sei, daß sich durch das Ausscheiden der Majorität aus einem Ministerium underweitige Vervollständigung desselben die vom Ministerium vertretenen Ansichten änderten.

Der Präsident schließt die Diskussion und zeigt an, daß namentliche Abstimmung beantragt ist. (Murren.) Dieselbe wird ausreichend unterstützt, es erheben sich dafür auch die Staats-Minister v. Manteuffel, v. d. Heydt und v. Stockhausen.

Es beginnt der Namensaufruf.

Mit Ja stimmten: v. Bardeleben, v. Auerswald, v. Beckerath, Bleibtreu, Bölling, Bürgers, Harkort, Möller, Simson, Ulfert, v. Vincke, und die polnischen Abgeordneten.

Mit Nein stimmten: v. Arnim (Boitzenburg), v. Bismark, v. Bodelschwingh (Hagen), Bonseri, v. Brauchitsch, Linhoff, Breithaupt, Mac-Lean, Kamphausen, Möcke, v. Eynern, Ohm, Osterrath, v. Fock, v. Parpart, v. Patow, Gamet, Pochhammer, Graf Renard, Gellern, Rodehut, Herzog von Ratibor, v. Görtz, v. Schleinitz, v. Schlottheim, Groddeck, Schulenburg, v. Selchow, Hesse (Brilon), Stiehl, Urlichs, v. Kleist-Reetzow, von Klützow, Winzler, Krahn, beide Abgg. v. Saucken und die Staatsminister, welche Mitglieder der Kammer sind.

Während der Stimmenzählung stellt der Präsident die Tages-Ordnung für die nächste Sitzung fest. Es sei seine Absicht gewesen, am Montag Plenarsitzung zur Erledigung der Petitions-Berichte abzuhalten. Da aber der Vorsitzende der Central-Budget-Kommission gebeten habe, den Montag zu einer Kommissions-Sitzung frei zu lassen, so wolle er am Dienstag die Petitions-Berichte zur Berathung bringen und in der Plenarsitzung am Donnerstag die Berathung des Disziplinargesetzes über richterliche Beamte beginnen lassen.

Das Resultat der Abstimmung ist Folgendes. Mit Ja stimmten 64, mit Nein 222. Der Antrag des Abgeordneten von Vincke ist also verworfen.

Schluß der Sitzung $4\frac{1}{2}$ Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr Vormittags.

Tagesordnung: Bericht der Petitionskommission, der Agrar-Kommission und der Kommission für Handel und Gewerbe über verschiedene Petitionen.

Berlin, 16. Febr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Rittmeister v. Kotze des 3ten Husaren-Regiments die Erlaubniß zur Anlegung des von Sr. königl. Hoheit dem Großherzog von Baden ihm verliehenen Ritterkreuzes des Ordens vom Zähringer Löwen zu ertheilen.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Fürst Maximilian von Fürstenberg, nach Hamburg; der Fürst von Pückler-Muskau, nach Weimar.

⊙ **Berlin,** im Februar. [Die Colportage von religiösen Erbauungsschriften hat eine sehr beträchtliche Erleichterung erfahren.] Nach einem Cirkular-Erlasse des Ministeriums für Handel und Gewerbe in Verbindung mit den beiden Ministerien der Finanzen und des Innern an sämmtliche Regierungen werden diese ermächtigt, auf den Antrag solcher Vereine, welche christliche Erbauungs-Schriften unentgeltlich oder gegen eine, nur die Kosten der Anschaffung deckende Vergütigung vertheilen und durch ihre Wirksamkeit das Vertrauen begründen, daß von der Gestaltung des Colportirens ein Mißbrauch nicht zu besorgen sei, an die von ihnen bestellten und von der königl. Regierung als unbescholten und zuverlässig anerkannten Boten unter Verantwortlichkeit des betreffenden Vereins für Vermeidung jedes Mißbrauchs und unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufes steuerfreie Erlaubnißscheine zum Colportiren von dergleichen Erbauungsschriften zu ertheilen. — Diese Erlaubnißscheine, deren Ertheilung der königl. Regierung selbst vorbehalten bleibt, sind stets nur auf bestimmte nicht zu ausgedehnte Bezirke zu richten und, der Regel nach, nicht über einen landräthlichen Kreis hinaus zu bewilligen, damit der Verkehr der Colporteure ansreichend überwacht und namentlich verhindert werde, daß die Erlaubnißscheine zum Verkauf anderer Schriften gemißbraucht werden können. Gegen Colporteure, welche sich einen Mißbrauch zu Schulden kommen lassen, ist von dem Vorbehalte des Widerrufes sofort Gebrauch zu machen. Demnach ist die kirchliche Oberbehörde von den obengenannten drei Ministerien ersucht worden, die Vereine, welche für die Verbreitung christlicher Erbauungsschriften thätig sind, mit der erforderlichen Anweisung zu versehen und dieselben ganz besonders aufzufordern, bei der Auswahl ihrer Boten, mit der größten Strenge und Gewissenhaftigkeit zu Werke zu gehen, damit Konflikte und Mißbräuche seitens derselben nicht besorgt werden dürfen. In Folge davon sind denn auch, wie uns versichert wird, die kirchlichen Provinzialbehörden veranlaßt worden, den betheiligten Gesellschaften in der an sie zu erlassenden Bekanntmachung recht ernstlich an das Herz zu legen, wie es mit Dank anerkannt werden müsse, daß durch die Fürsorge der Obrigkeit die Hindernisse beseitigt worden sind, welche der Verbreitung christlicher Erbauungsschriften durch Colporteure im Wege gestanden haben, weshalb sie auch die Verpflichtung fühlen müßten, nicht nur bei der Auswahl der Sendboten, sondern auch in der Auswahl der zu verbreitenden Schriften, so wie endlich in der Art und Weise der Verbreitung selbst jeden Mißbrauch zu vermeiden. Ueber die Benutzung der in Rede stehenden Erlaubniß, haben die Behörden eine strenge und wachsame Aufsicht zu führen, namentlich auch in geeignetem Falle durch Einsicht der den Colporteuren ertheilten Instruktion und der von ihnen zu führenden Tagebücher, sich über die Wirksamkeit derselben Kenntniß zu verschaffen.

Berlin, 16. Febr. Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen werden wahrscheinlich, wie die Dispositionen jetzt getroffen sind, von Weimar aus nach Hannover und dann nach Braunschweig gehen und an diesen resp. Höfen kurze Zeit verweilen.

Ob nicht auch eine Reise des Prinzen nach Frankfurt a. M. bevorsteht, hängt noch von der Ordnung gewisser Verhältnisse ab. (C. B.)

Die Gestellung der Pferde für den gesammten Umfang der Armee auf Grund der königl. Mobilmachungsordre vom vorigen Jahre, hat in runder Summe einen Kostenbetrag von 4 Millionen 600,000 Thlr. herbeigeführt. Man rechnet nach einem ungefähren Ueberschlage, daß aus der in Folge der Demobilisirung eintretenden Wiederveräußerung etwa 2 Mill. zurückgelöst werden können, so daß 2 Millionen 600,000 Thlr. als verloren zu betrachten sind. Es gewährt dabei wenigstens einigen staatswirthschaftlichen Trost, daß diese Summe im Lande geblieben ist, da die treffliche Pferdezucht Preußens nirgends eine Einfuhr aus dem Auslande nöthig gemacht hat. (Voß. Z.)

[In der 19. Sitzung der Central-Butget-Kommission] war die Staatsregierung durch den wirklichen geheimen Kriegs-Rath Hrn. Messerschmidt, den Hrn. Oberst v. Kunowski und den Hrn. Major v. Waschersleben vertreten.

Die Spezial-Kommission hat bei Tit XIX. monirt, daß der Preis des Salpeters und Schwefels nach der gegenwärtigen Konjunktur zu hoch angesetzt sei, und daß sich beim Ankauf dieser Materialien zur Fertigung von 5100 Centner Pulver etwa 12,500 bis 13,000 Rthl. ersparen lassen würden. Der Regierungs-Kommissar erkannte dies als richtig an, erklärte jedoch, daß gegenwärtig und auch in den nächsten Jahren mehr als 5100 Ctr. Pulver angefertigt werden sollten, um die Kriegsvorräthe bis auf 14,000 Ctr. zu complettiren. Es könne deshalb weder in diesem noch in den nächsten Jahren etwas an diesen sächlichen Ausgaben erspart werden, jedoch werde im nächsten Etat das Quantum des wirklich zu fabricirenden Pulvers erscheinen. — Die Kommission erklärte sich durch diese Auskunft befriedigt und sprach die Erwartung aus, daß künftig nach Komplettirung der 14,000 Ctr. Kriegsvorräthe eine erhebliche Ersparniß an den sächlichen Ausgaben eintreten werde.

Zum Ankaufe neuer Waffen sind im Etat 454,640 Rthlr. angesetzt. Es wurde erinnert, daß diese Summe weit über den laufenden Bedarf zur Erhaltung der Armatur des Heeres hinausgehe und die Frage aufgestellt, wann mit der Vermehrung der Waffenvorräthe ein Schluß gemacht werden würde. Der Regierungs-Kommissar erklärte hierauf, daß noch bis zum Jahre 1854 mit der Anschaffung der leichten Perkussions-Gewehre (Zündnadel-Gewehre) fortgefahren werden müsse, über dieses Jahr hinaus aber sollten die gewöhnlichen Gewehre noch vermehrt werden, bis eine dreifache Garnitur für das ganze Heer vorhanden sei. Erst dann glaube man, für jeden Krieg vollständig gerüstet zu sein. Die Kommission fand hiergegen nichts zu erinnern und sprach nur die Ansicht aus: daß mit dem Eintritte jenes Zeitpunktes eine bedeutende Ermäßigung dieser Ausgabe-Posten stattfinden werde.

Den Betrag von 19,720 Rthl. für Uebungen der Landwehr-Artillerie 2c. beantragt die Kommission abzusetzen, da sie annimmt, daß in diesem Jahre keine Landwehr-Uebung stattfinden würde. Einen gleichlautenden Antrag stellte dieselbe in Bezug auf die Position von 100,000 Rthl. zur Verlegung der Geschützgießerei und Bohrmaschine von Berlin nach Spandau, da eine derartige Anlage in diesem Jahre nicht als dringendes Bedürfniß anerkannt werden könne. Für eine zu Transporten und unvorhergesehenen Ausgaben angesetzte Summe von 47,164 Rthl. verlangt die Kommission eine nähere Detaillirung, indem sie nicht anerkannte, daß die einzelnen Positionen zu den unvorhergesehenen Ausgaben zu rechnen seien.

Für außergewöhnliche Baubedürfnisse der 26 Festungen ist ein fixirter Zuschuß von 150,070 Rthl. zum Etat gebracht. Die Kommission des vorigen Jahres hat eine nähere Auseinandersetzung dieser Ausgabe nach einzelnen Rubriken gewünscht, die Staatsregierung jedoch dem nicht entsprechen können, weil nach der Erklärung des Hrn. Regierungs-Kommissars sich im Voraus gar nicht bestimmen lasse, wo und zu welchem speziellen Zwecke die Verausgabung dieser Summe nöthig würde. Es ist dagegen eine Nachweisung der Verwendung für das vergangene Jahr vorgelegt, aus welcher zu ersehen, für welche Festungen und zu welchen Zwecken die Ausgaben erfolgt sind. Die Kommission war mit dieser Erklärung zufrieden und erwartet, daß mit dem künftigen Staats-Haushalts-Etat eine derartige Nachweisung vorgelegt werde.

[Berichtigung.] In unserer gestrigen Mittheilung aus dem Kommissionsbericht über die Disciplinargesetze ist durch einen Schreibfehler der Sinn völlig entstellt. Der betreffende Passus lautet richtig: „die verschiedenen Arten der Disciplinarstrafen, welche die Verordnung enthält, erscheinen der Kommission zweckentsprechend, insbesondere zur Beseitigung der des Richterstandes unwürdigen Degradation und Straf-Versetzung," Strafen, welche nach dem Allg. Landrecht gegen Richter zur Anwendung kommen sollen.

[Ein Antrag des Abg. Harkort] will die Ernennung einer Kommission von 21 Mitgliedern, um das System der Banken und Geld-Kreditinstitute des Landes zu untersuchen und über die im Interesse eines rascheren Geldverkehrs nothwendig erscheinenden Reformen zu berichten. In den Motiven wird hervorgehoben, daß das in Preußen umlaufende Geld 6 Rthl. auf den Kopf betrage, während die Abgaben an den Staat sich auf eben so hoch belaufen. Die Ansammlung der zu den Steuern bestimmten Gelder in den öffentlichen Kassen entziehe dem Verkehr das Circulationsmittel. Die englische Regierung sammle gar keine Baarbestände, demungeachtet fallen in England 18 Rtl. Gold auf den Kopf, und der Zinsfuß stehe um 2 pCt. niedriger als in Preußen.

[Der Agrar-Kommission der zweiten Kammer] ist ein Antrag des Abg. v. Uechtritz überwiesen, welcher die Aufhebung einer Bestimmung des Ablösungsgesetzes vom 2. März v. J. zu Gunsten der mit Realgerechtsamen versehenen geistlichen Institute vorschlägt. Das Gesetz behält für die den geistlichen Instituten zustehenden Reallasten eine besondere Ablösungsordnung vor und bestimmt im § 65: daß bis zum Erlaß dieses vorbehaltenen Gesetzes die nach dem gegenwärtigen Gesetz ermittelten Geldrenten direkt an die gedachten Institute entrichtet werden sollen. Diese Bestimmung ist es, deren Aufhebung gewünscht wird.

[Gründe, welche in der Kommission der zweiten Kammer gegen die Einsetzung des Obertribunals als Disziplinar-Gericht über die Richter geltend gemacht worden sind.] Es heißt hierüber in dem Bericht u. A.: „Das Ober-Tribunal ist die höchste Instanz, nicht bloß in Entscheidungen durch ein Erkenntniß sondern auch auf viele Beschwerden. Die Kommission will ganz entschieden, daß seine Autorität anerkannt werde, daß kein Gericht sich gegen dieselbe auflehne, daß jedes seine Anordnungen befolge. Fehlt einmal ein Gericht dagegen, so kann unter Umständen Grund vorhanden sein, gegen Mitglieder desselben eine Disziplinaruntersuchung einzuleiten; aber es ist nicht zu bestreiten, daß dann doch das Ober-Tribunal nicht als ein völlig unbefangener Richter angesehen werden kann." Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß das Ober-Tribunal nach Art. 61 der Verfassung auch ein politischer Gerichtshof ist, und daß doch Niemand verkennen könne, daß es grundsätzlich falsch ist, einem politischen Gerichtshofe die eigentlich entscheidende Disziplinargewalt über den ganzen Richterstand zu übertragen, — „die allein entscheidende muß gesagt werden, weil nach der Verordnung jede Sache vor sein Forum zur endgültigen Entscheidung gebracht werden kann."

* **Breslau,** 16. Februar. Es wird uns von unterrichteter Seite folgende Mittheilung eingesendet:

Mehre öffentliche Blätter haben seit Kurzem mannigfache und verschiedene Andeutungen darüber enthalten, daß die Ein- und Durchführung der Gemeinde-Ordnung vom 11. März vorigen Jahres nicht den erwarteten Fortgang nehme und auf erhebliche, ohne Aenderung mehrer Bestimmungen dieses Gesetzes, nicht wohl zu beseitigende Hindernisse stoße! Daß diese Besorgnisse, wenigstens in Betreff des Regierungs-Bezirks Düsseldorf, ganz unbegründet erscheinen und die Ein- und Durchführung der neuen Gemeinde-Ordnung in demselben bisher mit gutem Erfolge betrieben worden, dürfte die nachfolgende Uebersicht über den gegenwärtigen Stand des Einführungs-Geschäfts in diesem Regierungs-Bezirke zur Genüge nachweisen.

Bezeichnung der Gemeinden.	Die Gemeinde-Ordnung ist einzuführen in Gemeinden.	Die sämmtlichen Wahlen haben stattgefunden in Gemeinden.	Die Wahlen des Vorstandes sind nur noch zurück in Gemeinden.	Die Bestätigung der Vorstands-Mitglieder hat stattgefunden in Gemeinden.	Die Einführung ist gänzlich beendet und publizirt in Gemeinden.	Die Einführung ist noch zu vollenden in Gemeinden.
Selbstständige Gemeinden mit einer Verwaltung nach Tit. II.	86	70	16	51	51	35
Desgleichen Tit. III.	18	14	4	9	8	10
Sammtgemeinden .	90	60	30	38	38	52
Dazu gehörige Einzel-Gemeinden mit einer Verwaltung nach Tit. II. . . .	68	31	37	18	18	50
und Tit. III.	256	202	54	135	96	160
Summa	518	377	141	251	211	307

Nicht ohne Interesse dürfte übrigens noch die Anführung sein, daß die Verwaltung mit einem kollegialischen Vorstande nur von 21 Gemeinden (11 selbstständigen und 10 Einzelgemeinden) gewählt worden ist, für die übrigen nach Tit. II. zu verwaltenden selbstständigen und Einzel-Gemeinden, sowie die Sammtgemeinden (überhaupt 223) aber die Verwaltung durch einen Bürgermeister mit Beigeordneten beibehalten und in den nach Tit. III. zu verwaltenden 274 Gemeinden die Verwaltung durch einen Vorsteher mit Schöffen geführt werden wird.

Düsseldorf, den 12. Februar 1851.

Deutschland.

Dresden, 16. Februar. Die Herren Minister-Präsidenten Fürst Schwarzenberg und Freiherr v. Manteuffel sind heute hier eingetroffen, und zwar der erstere mittelst Extrazuges der sächsisch-böhmischen Eisenbahn kurz vor 12 Uhr, der letztere mit dem gewöhnlichen Berliner Bahnzuge, Nachmittags nach 3 Uhr. Beide Herren fanden bei ihrer Ankunft am Bahnhofe königliche Wagen bereit gehalten, welche sie nach dem königlichen Prinzenpalais brachten. Um 4 Uhr begaben sich die Herren Minister-Präsidenten in das Schloß, um erhaltener Einladung zufolge an der königlichen Tafel Theil zu nehmen, zu welcher auch Graf v. Buol-Schauenstein, Graf v. Alvensleben und unser Staatsminister v. Beust geladen worden sind. Mit dem Berliner Bahnzuge ist auch Herr v. Prokesch-Osten hier angekommen.

In den nächsten Tagen wird nun unter Theilnahme der Minister-Präsidenten von Oesterreich und Preußen eine Plenarsitzung der Minister-Conferenz stattfinden; die Berichte der ersten und zweiten Kommission sind sämmtlichen Conferenz-Mitgliedern bereits mitgetheilt. Sehr umfangreich soll namentlich der Bericht der zweiten Kommission sein, welcher eine ausführliche Vorlage über den Wirkungskreis der zu gründenden Bundesorgane enthält. (Dresd. J.)

Frankfurt, 14. Februar. [Tagesneuigkeiten.] Die von verschiedenen Seiten mit so großer Bestimmtheit geläugnete französische Protest-Note existirt wirklich und ist zum untrüglichen Beweise ihres Daseins nunmehr auch den kleineren süddeutschen Höfen offiziell übergeben worden. Ueber ihren Inhalt erfahren wir, daß zwar nicht ausdrücklich Protest gegen die Aufnahme der österreichischen Gesammt-Monarchie in den Bund eingelegt ist, wohl aber spricht die französische Regierung in dem Aktenstücke ihre bestimmte Erwartung aus, daß die beabsichtigte Reorganisation des deutschen Bundes den Bestand der Verträge von 1815 unverändert lassen werde; damit aber scheine genug gesagt. — Wie sehr man auch gegen die Richtigkeit der Angabe eifert, daß eine Militär-Convention zwischen Oesterreich und Kurhessen im Werke sei, so wird dennoch hier in wohlunterrichteten Kreisen mit aller Beharrlichkeit an der Behauptung festgehalten. Es könnte daher sehr leicht der Fall sein, daß die verneinenden Stimmen auch bei dieser Gelegenheit thatsächlich auf Irrthum hingewiesen würden. (Köln. Z.)

[Berichtigung.] Wie allgemein auch das Gerücht von dem Ankauf des Mühlensschen Hotels für Se. kaiserliche Hoheit Erzherzog Albrecht in hiesiger Stadt verbreitet war, können wir doch aus bester Quelle dasselbe als vollkommen grundlos bezeichnen. (D. P. A. Z.)

München, 13. Febr. [Die Kammer der Abgeordneten] hat heute den Antrag des Herrn Dr. Rubner und Genossen auf eine Adresse an die Krone mit 76 gegen 40 Stimmen verworfen.

[Kriegerisches.] Das Kriegs-Ministerium hat Befehl zu schleuniger Anfertigung einer neuen Gattung Artillerie, 3pfündiger Gebirgsgeschütze, ertheilt. Außerdem hat das hiesige Haupt-Laboratorium Befehl zur Anfertigung einer beträchtlichen Masse scharfer Patronen, sowohl für dieses 3pfündige Geschütz als für Artillerie von gröberem Kaliber, erhalten. Es werden ferner die neu ausgehobenen Mannschaften, die man früher erst im Frühjahre exercirte, bereits jetzt eingeübt, und der nach den glücklichen Resultaten der Olmützer Konvention angeordnete Einkauf von Pferden beim 2ten Armee-Corps ist so eben wieder eingestellt worden. Nach all diesen Thatsachen scheint es keinem Zweifel mehr zu unterliegen, daß bei dem bevorstehenden Zuge gegen die Eidgenossenschaft, zunächst bei der Aufstellung

eines Beobachtungs-Corps, Baiern wieder, wie in Kurhessen, eine hervorragende Rolle zu übernehmen gedenkt. Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit, daß im Jahre 1847 gerade Baiern es war, welches dem beabsichtigten Exekutionszuge gegen die Schweiz in der Bundes-Versammlung mit eben so viel Energie als Erfolg entgegenwirkte. Allein das heutige Baiern ist ein anderes, als das damalige; und der Staat, der im Jahre 1849, in seinen wichtigsten Gliedern gelähmt, seine eigene aufrührerische Provinz, die Pfalz, nicht zu erhalten noch ohne fremde Hülfe zurückzuerobern im Stande war, dieser Staat hat ein zu großes Bedürfniß, jetzt, wo er durch das Erstarken seiner mächtigeren Nachbarn gedeckt ist, seine Großmachts-Qualität durch militärische Demonstrationen an den Tag zu legen, als daß wir ihn nicht bei allen Unternehmungen der Contre-Revolution, wo sich zu solchen Gelegenheit bietet, sich in die erste Linie drängen sehen sollten. (K. Z.)

Karlsruhe, 12. Febr. Wegen Betheiligung an der Revolution wurden ferner verurtheilt: der frühere Hofgerichtsadvokat und Abgeordnete Ignaz Rindeschwender zu neun und Heinrich Sternwag von Kenzingen zu drei Jahren Zuchthausstrafe. (B. B.)

Stuttgart, 13. Febr. Heute Abend ist Staatsrath v. Linden nach Dresden abgereist, um bei Feststellung der Grundzüge der neuen organischen Einrichtungen des deutschen Bundes sich mit zu betheiligen, nachdem zu gleichem Zweck die Minister-Präsidenten von Oesterreich und von Preußen bereits dahin sich begeben haben. Während seiner Abwesenheit wird die oberste Geschäftsleitung bei dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Staatsrath von Wächter-Spittler und diejenige bei dem Ministerium des Innern Staatsrath von Plessen besorgen. (D. K.)

Darmstadt, 13. Febr. [Vertagung.] Die zweite Kammer nahm heute einen sehr überraschend kommenden Vorschlag ihres Präsidenten an, die nächste Sitzung für Anfang des März anzuberaumen, um den Ausschüssen in der Zwischenzeit mehr Zeit und Muße zum Arbeiten zu geben. — Ministerial-Direktor v. Dalwigk wird nächsten Montag sich wieder nach Dresden begeben.

[Ueber die bisherige Politik der hannoverschen Regierung] äußert sich die offizielle „Hannoversche Zeitung" folgendermaßen: „Die gegenwärtige Regierung hat mit gutem Fug und in richtiger Politik den Bundestag zu Frankfurt als das berechtigte Gesammtorgan des deutschen Bundes anerkannt und an der Rechtsansicht von der Unauflöslichkeit des letzteren festgehalten, als in welchem die mittleren und kleineren deutschen Staaten die vornehmste, wenn nicht ausschließliche Gewähr ihrer Selbstständigkeit und Dauer suchen müssen. Sie ist völlig unschuldig an den Beschlüssen des Frankfurter Bundestages vom 21. September, 7. und 16. Oktober v. J. Sie hat gegen die Ausführung der am 21. September gefaßten und der auf diese gebauten weiteren Beschlüsse protestirt — oder sagen wir lieber remonstrirt, auf die Gefahr, sich da oder dort lächerlich zu machen, remonstrirt. Sie hat auf eine versöhnende und vermittelnde Thätigkeit der Bundesversammlung in der kurhessischen Angelegenheit hingewirkt, so wie sie der Bundesversammlung auch kräftigst die angelegentlichste Beschäftigung mit der Revision der Bundesverfassung und mit alle dem empfohlen hat, was dazu hätte dienen mögen, derselben das öffentliche Vertrauen zuzuwenden und das Mißtrauen zu tilgen, welches an den Namen und die Formen des alten Bundestags als des Trägers des starren Stabilitäts- und Repressiv-Systems sich heftete. Sie hat sich geweigert, zum Behuf eines militärischen Einschreitens in Kurhessen anders als unter Bedingungen, welche nicht erfüllt wurden, und unter Voraussetzungen, welche nicht eintrafen, Truppen zu stellen. Nur einer neu zu bildenden kurhessischen Regierung hätte sie sich bereit finden lassen, Beistand, und zwar nur einen mit den Bundes-Gesetzen vereinbaren Beistand zu leisten. Sie hat nicht unterlassen, in Frankfurt darauf hinzuweisen, daß sie die Bundes-Beschlüsse vom 28. Juni 1832 den durch den Bundesbeschluß vom 2. April 1848 aufgehobenen Ausnahmegesetzen beizähle, welche mit der hannoverschen, so wie den meisten einzelnen Landesverfassungen in Widerspruch ständen. Sie hat die hieraus von selbst sich ergebenden Konsequenzen in Frankfurt wie in Wien geltend zu machen gesucht. Sie hat sich an Oesterreich angeschlossen, so weit Recht und Bedürfniß dies zuließen und erheischten. Sie hat sich aber dem Willen Oesterreichs nicht unbedingt hingegeben, sondern vielmehr von demselben gefordert, daß es die Bundesbeschlüsse in der kurhessischen Sache mindestens rücksichtlich Hannovers auf sich beruhen lasse und den Konflikt auf andere Weise zu lösen suche; sie hat dasselbe ferner sehr ernstlich angegangen, der Einleitung einer Bundesrevision sich anzunehmen und namentlich Schritte zur Errichtung eines Bundes-Gerichts und einer ständischen Vertretung am Bunde zu thun; sie hat weiter auch unmittelbar bei demselben gegen Verwendung eines hannoverschen Truppenkorps in Kurhessen mit zweifelhafter Aussicht auf Erfolg, aber doch mit Erfolg remonstrirt; sie hat endlich auch im Widerspruch gegen Oesterreich die Rücksichten walten lassen, welche auf Preußen zu nehmen die Lage und die Interessen des Landes erforderten. Sie hat Alles gethan, was sie vermochte, dieses gegen Gefahren von Außen, so wie vor Erschütterungen im Innern zu schützen und ihm seinen geregelten Zustand zu bewahren. Das ist von ihrem Antritt an bis auf diesen Tag die Richtschnur ihrer Politik in der kurhessischen Angelegenheit gewesen, und sie ist dabei Hand in Hand gegangen mit der öffentlichen Meinung, sofern sich letztere nicht in offenbare Uebertreibungen verlor".

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 13. Febr. Das vielbesprochene Projekt der Berufung einer aus schleswig-holsteinischen und dänischen Vertrauensmännern bestehenden National-Versammlung, welches bereits zur Zeit der Feststellung der Londoner Protokolle auftauchte, scheint jetzt einen positiven Anhalt zu gewinnen. Ich erlaube mir, Ihnen die Grundzüge des Entwurfs mitzutheilen, welcher den Vertrauensmännern vom Könige von Dänemark zur Begutachtung unterbreitet werden soll, nachdem die deutschen Großmächte von dem Plane Einsicht genommen haben. Die ganze Angelegenheit wird in der Einleitung des Entwurfs als eine res interna betrachtet, in so weit die Erbfolgefrage und das deutsche Bundes-Verhältniß der Herzogthümer Holstein und Lauenburg nicht davon berührt werden. 1) Das Reich. Die dänische Monarchie besteht aus 3 für ewige Zeiten unzertrennlichen Landen: Dänemark, Schleswig und Holstein-Lauenburg. a) Lauenburg wird mit Holstein verbunden; b) Holstein-Lauenburgs politische Stellung zu Deutschland soll in ähnlicher Weise festgestellt werden, wie die definitiv geregelten Verhältnisse Gesammtösterreichs gegenüber dem deutschen Bunde; c) die Erbfolge ist für alle drei Reichslande unveränderlich ein und dieselbe. 2) Reichsverfassung. a) Das ganze dänische Reich bildet eine konstitutionell-monarchische Staatseinheit unter der Regierung des Königs von Dänemark. b) Ein jedes Reichsland hat für seine besonderen Angelegenheiten die zu seiner inneren Verwaltung nöthigen Ministerien, so wie auch eine seiner Zeit für Dänemark in Kopenhagen, für Schleswig in Flensburg, für Holstein-Lauenburg in Kiel zusammentretende besondere Landesversammlung, der in Gesetzgebungs-, Besteuerungs- und Geldangelegenheiten, je für ihr Land, mitbeschließende Macht zusteht. c) Jedes Reichsland hat seine eigene nach Uebereinkunft mit dem Könige eingeführte Landesverfassung. d) Das aus den 3 durch eine politische Verbindung vereinigten Reichslande bestehende dänische Reich hat für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten die nöthigen gemeinschaftlichen Ministerien und eine seiner Zeit in des Königs Residenz zusammentretende gemeinschaftliche Reichsversammlung, den in der noch zu bezeichnenden gemeinschaftlichen Gesetzgebungs-, Besteuerungs- und Geldangelegenheiten das Recht der Mitbeschlußfassung zusteht. e) Die gemeinschaftliche Reichsversammlung besteht aus Repräsentanten aller drei Reichslande im Verhältniß zu ihrer Volkszahl, also Dänemark 59 Prozent, Schleswig 17 Prozent und Holstein-Lauenburg 24 Prozent, eine Eintheilung, welche je nach Ablauf eines Jahrzehends einer Revision unterzogen wird. In der allgemeinen Reichsversammlung sprechen die Abgeordneten nach Belieben deutsch oder dänisch. Niemand kann zu gleicher Zeit Mitglied der Reichsversammlung und einer Landesversammlung sein. Die Landesministerien für jedes einzelne Reichsland sind: Inneres, Justiz, Kultus und Unterricht und Landesfinanzen. 3) Gemeinschaftliche Angelegenheiten. a) Die Reichslande haben gemeinschaftlich den König nebst seinem Hause und Hof, die diplomatischen und merkantilen Verhältnisse zum Auslande nebst den dabei angestellten Beamten, Armee und Flotte, Civil-Liste und Appanagen, Staatsschuldenwesen, die Kolonien uud den Sundzoll. b) Gleiche Berechtigung der Nationalität. c) Die Einkünfte und Ausgaben der Reichsfinanzen werden auf die drei Reichslande nach Verhältniß der Kopfzahl vertheilt. Das Zollwesen soll demnächst definitiv geregelt werden, und werden die jetzigen darauf bezüglichen Anordnungen als vorübergehend zu betrachten sein. Die Konsumtionssteuer fällt jedem Reichslande allein anheim. 4) König und Regierung. a) Der König beruft, vertagt oder löst die ordentlichen und außerordentlichen Reichs- und Landesversammlungen, so wie die außerordentlichen Reichstage auf. Dem König steht ein absolutes Veto in der Reichsversammlung, so wie in den besonderen Landesversammlungen zu. b) Die Regierung wird durch die Ministerien des Reichs und der drei Reichslande geführt, die im Staatsrath Sitz und Stimme haben. Für die auswärtigen Angelegenheiten, Krieg, Marine und Reichsfinanzen sind Reichsministerien. Da es bis jetzt weder in Wien noch in Berlin zu einem entscheidenden Beschluß in Beziehung auf die Feststellung der Gesichtspunkte bei der endlichen Regelung der obschwebenden Streitsache gekommen, so dürften noch mannigfache Aenderungen in dem beregten Plane, so wie überhaupt in der jenseits beliebten gesammtstaatlichen Auffassung der Verhältnisse eintreten. (Ref.)

Oesterreich.

8 **Wien,** 15. Februar. [Die auffallend starke Truppenanhäufung in und um die Residenzstadt] giebt zu den mannigfaltigsten Vermuthungen Anlaß, wonach bald ein bevorstehender Verfassungssturz, bald ein Ministerwechsel den Vorwand darbieten muß, das Wahrscheinlichste jedoch ist die nahe Aussicht auf eine ernste Finanzkrisis, welche bei der herrschenden unkontrolirten Papierwirthschaft wohl unausbleiblich ist. Beklagenswerth bleibt indeß nur der Umstand, daß die nothwendige Geldkrisis künstlich so lange hinausgeschleppt worden, statt sie rasch zu Ende zu führen, denn eben durch diese Verschleppung erlitt die Nation einen unermeßlichen Verlust, der binnen 3 Jahren kaum unter 600,000,000 Gulden berechnet werden kann, und dessen Nichtbeachtung nur durch die Annahme erklärt werden dürfte, daß in den höchsten Regionen in Folge der Koursschwankungen ungeheuere Summen verdient wurden. Man weiß, wie die Börsenspekulation gegenwärtig die Stelle der vormals so beliebten Getreidespekulationen vertritt, indem sich hierbei unscheinbarer und weniger mühselig der größte Gewinnst ziehen läßt. Die kunstreich hinausgezogene Geldkrisis erlaubt ein langsames Freiwerden des in Papier angelegten Kapitals, das fortwährend in starken Partien ins Ausland wandert, so wie über das geheimnißvolle Verschwinden der von Sardinien eingezahlten Kriegsentschädigung in Silber nirgend eine offizielle Verlautbarung erfolgte. Im Publikum erinnert man an das ähnliche Schicksal jener 300 Millionen, welche Frankreich nach dem Sturze Napoleons als Kriegsentschädigung in baarer Münze an Oesterreich zahlen mußte und die unter dem Vorwand kaiserlicher Vorschüsse in den Kriegsjahren gänzlich aus der Staatsrechnung verschwanden. Noch niemals wurden die hiesigen Garnisonstruppen dermaßen verstärkt, wie gegenwärtig, denn für das abrückende Kürassier-Regiment König von Baiern kamen die Kürassier-Regimenter König von Sachsen und Graf Walmoden hierher und ein Ulanen-Regiment bezieht in der Umgebung Quartiere. Diese ungewöhnliche Anhäufung von Reiterei in der für diese Waffengattung ganz ungeeigneten Hauptstadt hat die Nothwendigkeit herbeigeführt, zur Unterbringung derselben die Artilleriekaserne am Rennweg räumen zu lassen; die Kavalerie hat vorerst diese Kaserne bezogen, wogegen die Artilleristen in den Vorstädten bequartiert wurden, eine Maßregel, die viel böses Blut macht, weil jeder Mann täglich der Gemeinde einen halben Gulden CM. kostet. — In den aristokratischen Cirkeln spottet man mit raffinirter Bosheit über die Taktlosigkeit des Ministers Bach, der als ehemaliger Demagog sich gleichwohl nicht entblödele, auf dem letzten Hofball Ihrer kaiserl. Hoheit der Erzherzogin Sophie das Kleid zu küssen.

Italien.

Rom, 4. Februar. [Grund der Verhaftungen.] Durch folgende Erzählung sucht man sich die kürzlich zahlreich in Neapel und Rom vorgenommenen Verhaftungen zu erklären. Die Polizei des Herrn Carlier in Paris hatte sichere Erkundigungen eingezogen, daß ein lombardischer Agent der republikanischen Propaganda im Begriff war, sich von Paris nach Neapel zu begeben, um dort mit seinen politischen Freunden über gemeinschaftliche Zettelungen zu konferiren. Kaum hatte nun dieser seinen Paß und einen Platz in der Diligence nach Marseille genommen, so war ihm ein Agent der pariser Polizei nachgesendet worden, der zugleich mit ihm in Marseille ankam, dasselbe Dampfschiff bestieg und an seiner Seite in Neapel ans Land trat. Die neapolitanische Polizei war schon brieflich von dem Vorgange benachrichtigt worden und es waren Gendarmen bereit, den sein Schicksal nicht ahnenden Reisenden in Verwahr zu nehmen, was auch auf ein Zeichen des pariser Polizeiagenten geschah. Man suchte in des Verhafteten Effekten, fand aber nichts. Da schlug der französische gewandte Spürhund vor, die Kleider aufzutrennen, und als auch da nichts heraus kam, dieselbe Operation an den Stiefeln zu probiren, in welchen zwischen zwei Ledern und im Absatze Papiere steckten, die eine große Anzahl Neapolitaner und Römer höchlich kompromittirt und über die Umtriebe der Mazzinischen Partei in Italien Aufschlüsse ertheilt haben sollen. Manche wollen wissen, was jedoch blos unsichere Sage ist, es habe sich um nichts Geringeres gehandelt, als die Ermordung des Königs Ferdinand. Natürlich wurde der römischen Regierung auf der Stelle von der Sache ausführliche Weisung gegeben, worauf seit Ende vorigen Monats Verhaftungen vorgenommen wurden. (Allg. Z.)

Großbritannien.

(*) **London,** 13. Februar. [Parlaments-Sitzung.] In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde die Debatte über die Religions-Angelegenheit fortgesetzt. Das Haus hörte nur zwei Redner von Bedeutung: Hume und Lord John Russel.

Hume: Ich bin erstaunt darüber, daß man hier noch von Verfolgung spricht. Ich meinerseits betrachte jede Einführung einer Verfolgungs-Maßregel als traurig. Wir haben bereits 45,000 Mann Truppen in Irland; man wird die Anzahl noch vermehren müssen, wenn man das Land in Unruhe versetzt.

Ich bedauere es auf das Tiefste, daß der edle Lord an der Spitze des Kabinets, das früher so entschieden gegen das Geschrei: „Keine Papisten!" aufgetreten ist, jetzt dieselbe Devise angenommen hat, um als Verfolger der Katholiken aufzutreten. Wenigstens hätte er damit anfangen müssen, eine Bill einzubringen, welche den Mißbräuchen der anglikanischen Kirche ein Ziel setzt. Wären diese Mißbräuche verfolgt worden, so hätten wir niemals von dem päpstlichen Uebergriff reden hören.

Was mich anbetrifft, so will ich den „free-trade" (Freihandel) in Religionssachen und ich lasse Jeden seinen Kultus vertheidigen, wie er es kann.

Ich habe mich besonders erhoben, um zu sagen, daß wenn der edle Lord die Wölfe aus der Kirche verjagen will, er zuerst diejenigen verjagen muß, die schon lange darin sind. Wenn er so handelt, so wird er meine freieste Unterstützung haben, wenn er aber im Gegentheil eine Drohung der Art einbringt, wie er angekündigt, so wird es ihm schwerer werden durchzukommen, als er glaubt.

Lord John Russel: Ich glaube die von Herrn Hume gemachten Bemerkungen übergehen zu können, da er mir nicht entschlossen scheint, die Inbetrachtnahme der Maßregel zu bekämpfen.

Die Thatsache, worauf sich diese Maßregel bezieht, ist dem öffentlichen Rechte aller europäischen Länder zuwider. Da keines einen fremden Potentaten ermächtigt, Titel zu ertheilen, die ein Eingriff in die Prärogative des Souveräns sind. Man hat im Laufe der Debatte behauptet, daß die Haltung des englischen Gouvernements den römischen Hof hätte mißleiten können; aber ich habe selber in diesem Hause erklärt, daß das Gouvernement in keinem Falle gestatten wird, daß katholische Episkopate in England errichtet würden, und wenn Angesichts dieser Erklärung der römische Hof handeln zu müssen glaubte, wie er es gethan hat, so hat er es in Opposition zu dem Gouvernement dieses Landes gethan.

Man hat gesagt, daß meine gegenwärtige Handlung in Widerspruch mit meiner Vergangenheit sei. Ich komme nicht, um Ihnen zu sagen, daß man sich irrt. Ich bekenne, daß ich mich über die katholische Geistlichkeit getäuscht habe; ich habe ihr einen Geist der Toleranz zugetraut, den sie nicht hat, und ich erkenne heute, daß das Vertrauen, welches ich auf sie gesetzt hatte, übel angebracht war. (Beifall.) Deshalb habe ich meine Ansicht geändert, und deshalb habe ich die Bill eingebracht, mit der Sie sich beschäftigen.

Seit 14 Jahren vor dem Votum der Katholiken-Emanzipation habe ich nicht eine Gelegenheit vorübergehen lassen, meine Stimme für die Zulassung der Katholiken in das Parlament abzugeben. Und damals hatte ich gegen mich den Fürsten auf dem Throne und die Volksmasse des Landes. (Stürmischer Beifall.)

Ich werde in keine langen Details eingehen, aber ich glaube sagen zu können, daß mein ganzes politisches Leben der Art gewesen ist, um keinem Katholiken das Recht zu geben, gegen mich auftreten zu können.

Ich bin Anhänger der politischen und der religiösen Freiheit, ich werde sie nie angreifen; aber ich werde auch, so viel es an mir liegt, die Würde des Staats und die Unabhängigkeit der Krone zu wahren wissen. (Beifall.)

Ich glaube nicht, daß man das Land insultiren lassen darf, und zum wenigsten muß das Gouvernement eine legislative Deklaration haben, welche es von der Verantwortlichkeit freispricht, England wie ein erobertes Land haben theilen zu lassen. (Stürmischer Beifall.)

Ich habe das Vertrauen, daß man mir gestatten wird, die Bill einzubringen, und was mich anbetrifft, so werde ich sie auch auszuführen wissen.

Man sage nun, daß ich meine Ueberzeugungen geändert habe; zum wenigsten werde ich Gründe gehabt haben, so zu handeln. (Anhaltende Sensation.)

Die Sitzung wird hierauf aufgehoben.

In der nächsten Sitzung wird die Vorfrage wahrscheinlich zur Entscheidung kommen.

Die Königin, Prinz Albert und die königliche Familie sind heute von Windsor nach dem Palais Buckingham gekommen.

Lord Normanby, der englische Gesandte in Paris, ist auf dem Schlosse des Herzogs von Devonshire eingetroffen, wo er seine Urlaubszeit zuzubringen gedenkt.

(*) **London,** 14. Febr. [Parlament.] In der gestrigen Sitzung des Unterhauses beantragte Lord John Russel, daß die Fortsetzung der Debatte über die Religionsfrage auf den nächsten Tag angesetzt werde. Ehe darüber Beschluß gefaßt wird, nimmt das Haus die Debatte über die Motion Disraëli's wieder auf.

Die Diskussion war außerordentlich lebhaft. Die Gegner bekämpften die Bill, da ihre Konsequenz die Rückkehr zum Schutzsystem wäre. Die Anhänger behaupteten hingegen, daß das Votum für die Bill keinenfalls diese Bedeutung haben könne; sie verlangten nicht eine Aenderung in dem Handels-System, sondern eine einfache Erleichterung der Steuern des Landbaues.

Zuletzt trat noch Lord John Russel gegen die Bill auf. „Ich betrachte die Ihnen vorliegende Motion trotz der Gewandtheit und Mäßigung ihrer Vertheidiger, als die gefährlichste, die ich im Laufe meines politischen Lebens habe einbringen sehen.

„Die Propositionen des Herrn Disraëli beweisen, daß der eigentliche Zweck der Motion darauf gerichtet ist, das Schutz-System wieder herzustellen. Mögen sich doch die Anhänger der Motion offen erklären, ob sie die Rückkehr zum Schutzsystem wollen, oder nicht.

„Der Boden, sagt man, ist in einer ganz besondern Weise belastet, und deshalb müsse man die Grundbesitzer entschädigen; allein diese Lasten werden durch das Gedeihen aller andern Zweige der National-Thätigkeit jedes Jahr geringer. Die seit 1842 befolgte Politik ist außerordentlich glücklich gewesen, und ich sehe kein Motiv ein, sie zu ändern. Ich würde einen tiefen Schmerz empfinden, wenn durch eine reaktionäre Politik der Preis des Brotes erhöht würde, und das Volk sich im Rechte glaubte, von den Demokraten des Kontinents Wohlthaten zu erwarten, die unsere Konstitutionen ihnen nicht geben zu können scheinen. — Im Namen der theuersten Interessen des Landes, im Namen der ganzen Bevölkerung, bitte ich das Haus, die Motion nicht anzunehmen."

Disraëli replizirt in kräftiger Rede, worauf das Haus zur Abstimmung schreitet. Die Motion wird mit 281 Stimmen gegen 267 verworfen. Auf den Bänken der Opposition erschallt ein stürmischer Beifall. Die Sitzung hat bis nach 2 Uhr Nachts gedauert.

Frankreich.

× **Paris,** 13. Februar. [Tagesbericht.] Auch der Vice-Präsident Benoist d'Azy und der Sekretär Heekeren sind heute wieder in das Bureau der National-Versammlung gewählt worden. Es scheint jedoch, daß die zwei Fraktionen der alten Majorität nur ungern dieses neue Pfand der Versöhnung ausgetauscht haben.

Diese Versöhnung wird übrigens neuen und harten Proben unterworfen werden. Das Gesetz über die Departemental- und Kommunal-Ordnung und die Proposition Creton auf Zurückberufung der exilirten Fürsten werden neuen Zwiespalt in den Schoß der großen Partei der Ordnung werfen. Die Legitimisten wollen eben so wenig wie die Montagnards, daß die Exekutivgewalt die Maires ernenne. Es wird also eine Allianz zwischen ihnen stattfinden gegen die andern Fraktionen der Majorität. Dieselben Legitimisten und Montagnards werden noch die Bonapartisten und einen Theil der gemäßigten Republikaner sich ihnen anschließen sehen, um die Proposition Creton zurückzuweisen, die nur von den Orleanisten und einigen Republikanern vertheidigt, wenig Aussicht hat, angenommen zu werden. Man will behaupten, daß diese Proposition Terrain gewinnt; gewiß ist jedenfalls, daß sie dem Elysee viele Unruhe verursacht. Man verhehlt sich dort nicht, daß wenn der Prinz von Joinville nach Frankreich zurückkehren könnte, und die Kandidatur für die Präsidentschaft anzunehmen einwilligte, er für den gegenwärtigen Präsidenten ein sehr gefährlicher Concurrent wäre. Man bereitet sich daher im Elysee vor, die Proposition Creton sehr lebhaft zu bekämpfen. Man vergißt dabei, daß die Familie Bonaparte ebenfalls viele Jahre aus Frankreich verbannt gewesen, und daß die Mitglieder dieser Familie erst aufgefordert haben, gegen diese Verbannung zu protestiren, die sie ungerecht und unpolitisch nannten. Aber die Ideen ändern sich, wenn man zu der Gewalt kommt.

Ich habe wiederholt hervorgehoben, daß der Präsident in dem Dotations-Konflikt mit der National-Versammlung die bessere Stelle behalten hat. Seine Anhänger wollen sie ihm durchaus rauben und seinen moralischen Sieg in eine Niederlage verwandeln. Da der Präsident erklärt hat, keine Subscription annehmen zu wollen, so sprechen sie davon, die Gelder dazu zu verwenden, um ihm die Domaine Malmaison zu kaufen. Wenn der Präsident dies verhindern kann, und es nicht thut, so begeht er ein großes Unrecht, denn er hebt die gute Wirkung seiner Ablehnung der Subscription wieder auf.

Wie es scheint, denkt man nicht daran, das definitive Ministerium so bald zu konstituiren, und wird vielmehr als gewiß gemeldet, daß das provisorische Kabinet in Funktion bleiben wird, bis die große Frage der Verfassungs-Revision zur Sprache kommt, also bis zum Monat Mai.

Ein Gerücht spricht von einer allgemeinen Amnestie, die der Präsident erlassen will, wenn die National-Versammlung die Proposition Creton annehmen sollte. Doch ist es vorläufig nichts mehr als Gerücht.

Die Schweizerfrage fängt an in den Vordergrund zu treten. Alle Nachrichten stimmen überein, daß die Großmächte einig seien, mit Entschiedenheit gegen die Schweiz aufzutreten, um Garantien in Betreff der Flüchtlinge zu verlangen. Wie mir als zuverlässig mitgetheilt wird, hat das französische Gouvernement sogar schon eine sehr energische Note in dieser Beziehung an die schweizer Regierung erlassen. Ich hoffe Ihnen den Text dieser Note in Kurzem mittheilen zu können.

× **Paris,** 14. Februar. [Tagesbericht.] Der Präsident zeigt sich sehr weise in der Dotations-Angelegenheit. Er desavouirt die Freunde, welche um jeden Preis die National-Subskription realisiren wollen, und wäre es auch nur, um Herrn Bonaparte die Domaine Malmaison anzubieten. Wird die Subskription auch nach diesem Desaveu nicht aufgegeben, so muß man diejenigen, welche sie trotzdem durchsetzen wollen, als die entschiedensten Gegner des Präsidenten erklären, oder sie ins Irrenhaus schicken, da sie dem Präsidenten eine Niederlage bereiten, vor der sie selbst sein Desaveu nicht ganz zu schützen vermag.

Man spricht heute noch von der Möglichkeit eines Ministeriums Lamartine. Bekanntlich hat aber dieser selbst erklärt, daß bei der gegenwärtigen Lage der Dinge ein von ihm gebildetes Ministerium keinerlei Gewinn auf Existenz habe. Ich kann nur die bereits gestern ausgesprochene Voraussetzung wiederholen, daß das gegenwärtige Kabinet bis zur Verfassungs-Revision im Amte verbleiben werde.

In der Nat.-Versammlung wurde heute die Debatte über die Ergänzungs-Kredite fortgesetzt, und das Gesetz mit 471 Stimmen gegen 186 angenommen.

Die Schweizerfrage beschäftigt die Politiker im hohen Grade. Wie man mir heute mittheilt, ist **dem französischen Minister des Auswärtigen dieser Tage eine Note von Preußen und Oesterreich zugegangen, über die gegen die Schweiz zu ergreifenden Maßregeln. Es handle sich darum, den alten Plan von 1847 zur Ausführung zu bringen, um die alte Konstitution daran anzuknüpfen, und das Prinzipat Preußens über Neuchatel zu reklamiren.**

Paris, 14. Febr. Man liest im „Abendmoniteur": Nachrichten vom 3. Februar, die uns aus Petersburg zukommen, zufolge, hat sich der Kaiser von Rußland vor vierzehn Tagen öffentlich in der günstigsten Weise über die vom Präsidenten der Republik befolgte Politik ausgesprochen. Die Regierung des Prinzen Louis Napoleon, soll der Kaiser gesagt haben, ist die einzige für Frankreich gegenwärtig angemessene. . . . . . Die Tiefen der Zukunft zu ergründen, ist Niemand gestattet." Montalembert und der Kaiser von Rußland sind also die Richter der Regierung der Republik.

Bei General Baraguay d'Hilliers waren gestern 18 Generale der Pariser Armee zu einer Berathung versammelt. Durch eine eigene Reiterkette wurden Depeschen zwischen den Tuilerien und dem Elysee gewechselt. Ueber den Gegenstand der Berathung wird das größte Geheimniß bewahrt.

Am 24. Februar soll auf den Boulevards eine Revüe über 40,000 Mann abgehalten werden.

Schweiz.

Basel, 12. Febr. [Flüchtlinge.] Der Bundesrath spricht in einem Schreiben vom 5. Februar d. J. gegen die deutschen Grenzkantone die bestimmte Erwartung aus, daß dieselben keinem deutschen politischen Flüchtlinge und am wenigsten einem Badenser, der etwa in einem andern Kanton ein Bürgerrecht sich verschafft hat, vor Ablauf von fünf Jahren die Niederlassung gestatten werden. (Basl. Z.)

Belgien.

Die von dem belgischen Ministerium durch Beschluß vom 1. Januar d. J. angeordnete anderweite Suspension des Ministerial-Beschlusses vom 4. Juni 1849 über den Durchzug fremder Auswanderer durch Belgien und zwar bis zum 1. Januar 1852, ist eine im Interesse der Auswanderer selbst noch mehr als im Interesse der dortigen Verwaltung zu beklagende Maßregel. Der Beschluß von 1849 hatte zum Zweck, durch Vorkehrungen an der Grenze dem Uebelstande zu steuern, daß Auswanderer, denen die Mittel zur Durchführung ihrer Projekte fehlen, oder mit welchen Beförderungsverträge abgeschlossen sind, deren Ausführung nicht völlig gesichert ist, in Belgien entweder unvorhergesehene Opfer bringen müssen, um zu ihrem Ziele zu gelangen, oder von dort unverrichteter Dinge in ihre Heimath zurückkehren oder zurückgeschickt werden. Die Suspension dieses offenbar höchst heilsamen Beschlusses hat ihren Grund lediglich in dem Widerstande, welchen einzelne bei der Auswanderer-Beförderung betheiligte Häuser der Durchführung der beschlossenen Maßregeln entgegensetzen. (C. C.)

Rußland.

Kalisch, 11. Februar. [Verschiedenes.] Daß die Studirenden in Rußland mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, ist wohl bekannt, und es wurde auch schon im vorigen Jahre die Nachricht verbreitet, daß die Zahl der Studenten durch einen kaiserlichen Ukas auf 300 an je einer Universität beschränkt worden sei. Letzteres ist indessen nicht der Fall, wenigstens zählt die Universität zu Dorpat unter ihrem gegenwärtigen Rektor, Staatsrath Hafner, 620 Studenten. Die Zahl sämmtlicher Studirenden an den sechs russischen Universitäten, 3 Lyceen und einer pädagogischen Anstalt beläuft sich nicht ganz auf 4000. — So groß auch die Abneigung der russischen Regierung gegen das Reisen ihrer Unterthanen in das Ausland ist, so werden andererseits solche Reisen von der Regierung selbst als hohe Bildungsmittel anerkannt, und bei Personen, welche dem Staate ergeben sind, bereitwillig unterstützt. Zu allen Jahreszeiten und

fortwährend befinden sich talentvolle russische Generäle im Auslande, welche sich in Wien, Berlin, Paris und London aufhalten, und ihre militärischen Kenntnisse durch eigene Anschauung und Erfahrung bereichern. Auf diese Weise wird manche zweckmäßige Einrichtung des Auslandes sehr bald ein Eigenthum der russischen Armee, und es könnten hierzu in neuester Zeit vielfältige Belege angeführt werden. Von einer solchen Reise nach Frankreich und England ist in Warschau so eben der General Betancourt zurückgekehrt. — Die Fürstin Helena von Biron-Curland ist von Warschau nach St. Petersburg gereist, und der portugiesische Gesandte, Baron v. Seisal, hat so eben letztere Stadt verlassen, um nach Portugal zurückzukehren.

(K. B. a. B.)

Provinzial-Zeitung.

Sitzung des Gemeinde-Rathes am 16. Februar.

Vorsitzender: Justizrath Gräff. Anwesend 98 Mitglieder der Versammlung.

Auf der Tagesordnung stand die Wahl des Bürgermeisters der Stadt Breslau.

Die Eröffnung des Wahlakts erfolgte durch die Ernennung der Herren Dr. Grätzer und Voigt zu Wahlaufsehern und der Herren Franck I. und Ruthardt zu Stimmsammlern.

Die aus der Wahlurne gezogenen Stimmzettel ergaben bei ihrer Eröffnung:

für den Bürgermeister Herrn Bartsch 69 Stimmen,
für den General-Landschafts-Syndikus, Justizrath Herrn v. Görtz 19 Stimmen,
für den Kreisgerichts-Direktor Herrn Wachler 9 Stimmen.

Ein Zettel war unbeschrieben.

Bürgermeister Herr Bartsch ist sonach durch absolute Stimmenmehrheit zum Bürgermeister der hiesigen Stadt gewählt. Die Versammlung deputirte die HH. Gräff, Krug, Aderholz, Hübner I., Lessenthin, v. Falkenhausen, Dr. Grätzer, Klocke, Laube, Rösler, Friese und Franck, um dem Gewählten das Ergebniß mitzutheilen.

Zur Erledigung kamen noch zwei Vorlagen, die als dringlich anerkannt wurden. Die eine betraf die Wahl zweier Kommissarien zur Aufnahme der diesjährigen Stammrolle der in hiesiger Stadt befindlichen militairpflichtigen jungen Männer. Herr v. Falkenhausen und Herr Warnke wurden mit dem Kommissorium betraut. Der zweite Antrag bezog sich auf die Erklärung über das mit 650 Thalern abgegebene Meistgebot für die zur Pacht-Licitation gestellten Holzplätze vor dem Ziegel-Thore nebst der dort befindlichen Holzspalte-Anstalt. Die Versammlung entschied sich, in Uebereinstimmung mit dem Magistrate, für die Anberaumung eines neuen Licitations-Termins.

Gräff. Krug. Aderholz. Hübner.

§ Breslau, 17. Febr. [Gesundheitspflege-Verein.] In der gestrigen General-Versammlung, welche durch Mauer-Anschlag einberufen war, führte Herr Prof. Nees v. Esenbeck den Vorsitz und lieferte einen kurzen Rückblick auf die zeitherige Thätigkeit des Vereins. — Hierauf genehmigte die Versammlung die vom Vorstande vollzogene Wahl des Herrn Instrumentenbauer Walischewski zum Mitgliede des Verwaltungs-Rathes. Statt der früheren dreimonatlichen General-Versammlungen werden künftig nur halbjährige stattfinden. — Herr Hüllebrand theilte mit, daß die Revision der Rechnungsbelege durch die hierzu ernannte Kommission erfolgt sei; das Resultat war ein günstiges, Rechnungen und Belege wurden in bester Ordnung vorgefunden. Herr Rendant Luschner gab zunächst den Quartals- und dann den Jahresbericht über Einnahmen und Ausgaben: Im letzten Quartal betrug die Summe der Einnahme circa 426 Thlr., die der Ausgaben 321 Thlr., also baarer Bestand 105 Thlr. Der vollständige Jahresbericht wird gedruckt und unter die Mitglieder des Vereins vertheilt werden.

Aus dem Berichte des Vereinsarztes Herrn Dr. Pinoff heben wir folgende Details hervor: Es haben sich während des letzten Vierteljahres in Behandlung befunden 261 Kranke, worunter 41 Männer, 87 Frauen, 146 Kinder; von diesen sind genesen 211, gestorben 10, in andere Behandlung übergegangen 4, geblieben 26 Personen. Die Krankheiten, welche am häufigsten vorkamen, waren: Grippe, Ausschlag, namentlich Scharlachfieber und Blattern. Schließlich widerlegte der Arzt das gegen das Einimpfen der Pocken ziemlich verbreitete Mißtrauen und empfahl den Mitgliedern, für ihre Kinder die Impf-Institute, in denen unentgeltlich geimpft werde, zu benutzen.

Der Vorsitzende dankte im Namen der Versammlung sowohl dem Arzte als dem Rendanten für ihre treue Hingebung. Zu Rechnungs-Revisoren wurden die Herren Hüllebrand, Schwarzer, Trouchon, Pavel, Scholz, Dunkel und Schomberg ernannt.

§ Breslau, 16. Febr. [Theater-Ball.] Unser Theater war gestern wieder einmal der Schauplatz eines der großartigsten und abwechselungsreichsten Melodramen, das je in einem deutschen Musentempel aufgeführt wurde. Nicht umsonst war der Andrang nach den Ballkarten gleich in den ersten 24 Stunden ein so stürmischer gewesen, nicht umsonst hatte mancher junge Herr nachträglich für ein Billet aus zweiter oder dritter Hand den sechsfachen Preis von einem Dukaten und darüber geboten, wo nicht gar gezahlt, nicht umsonst hatte die schöne Welt von Breslau Tage, ja Wochen lang ihre Vorbereitungen für den gestrigen Abend getroffen: der von der konstitutionellen Bürger-Ressource veranstaltete Karnevalsball hat Alles, was uns die gegenwärtige Wintersaison bisher an derartigen Vergnügungen geboten hat, weit hinter sich zurückgelassen.

In der Dämmerstunde füllte sich gestern der Raum unter und vor dem großen Portale des Theatergebäudes mit einem schmucklos gekleideten Publikum; es waren dies die Galleriebesucher, welche sich mit dem bloßen Anblick des seltsamen Ballfestes begnügen wollten. Das anhaltende Thauwetter hatte die Straßen ungangbar gemacht. Eine unübersehbare Reihe von Equipagen rollte an, welche die eigentlichen Ballgäste herbeiführten. Es schlug 6 Uhr, die Equipagen entluden sich, eine schmale Pforte ward geöffnet und hinein strömten die Schaaren im unaufhaltsamen Drange. Nach einem unverbürgten Gerüchte sollen mehre zarte Damenfüße so arge Verstauchungen davongetragen haben, daß ihnen das Tanzen für diesmal unmöglich gemacht oder sehr verleidet wurde. Im Theater selbst begann der Wettkampf von Neuem, um die Sitzplätze in den Ranglogen wie in den unteren Räumen. Keine Viertelstunde war vergangen, als das Haus vom Fußboden bis zur Decke dicht angefüllt war.

Eingeleitet wurde die Festlichkeit durch den Krönungs-Marsch aus dem „Propheten", dann folgte laut Fest-Programm die Ouverture zur Oper „der Alte vom Berge". Vom Balkon aus hielt hierauf der Präsident der Gesellschaft, Herr Direktor Wissowa, folgende Festrede:

„Gestatten Sie, verehrte Anwesende, daß ich vor Beginn des Festes auf einen Akt der Pietät aufmerksam mache, dessen Vollziehung durch das Bewußtsein erfüllter Pflicht die Fröhlichkeit steigern dürfte. Es haben sich hier die Mitglieder der konstitutionellen Bürger-Ressource zu einem Feste versammelt; für sie nur ist dasselbe bereitet und ich hoffe, daß auch nur die Träger ihrer Gesinnung hier versammelt sein werden. Nun ist in einem Lande, in dem das konstitutionelle Wesen seit Jahrhunderten besteht, und dort die Quelle des Ansehens, der Macht und des Wohlstandes geworden, in England, die schöne Sitte eingebürgert, daß bei jedem Feste das erste Hoch dem Landesfürsten gebracht wird. Es ist dies dort um so unbedenklicher, als eben in Folge der weisen Einrichtung jenes Landes der Name des Landesherrn nie in die Politik hineingezogen wird, für welche allein die Organe der Regierung verantwortlich sind. So ist es möglich, daß das Bild des Landesfürsten nie durch den Hauch des Mißtrauens und der Unzufriedenheit getrübt, stets im reinsten Lichte strahlt. Lassen Sie uns die Weisheit dieses Landes auch in dieser Sitte nachahmen. Lassen Sie uns das Band der Pietät, das auch in Preußen Fürst und Volk umschlingt, stets enger knüpfen, je mehr unser Vaterland einer Reihe trefflicher Fürsten verdankt, wie sie kaum ein anderes Volk aufzuweisen hat. Darum stimmen Sie mit mir ein in den Ruf: „„Ein Hoch Sr. Majestät dem Könige Friedrich Wilhelm IV. von Preußen! Ein Hoch Ihrer Majestät der Königin! Ein Hoch Ihren königlichen Hoheiten dem Prinzen und der Prinzessin von Preußen und dem ganzen königlichen Hause!"" — Nachdem dieser Ruf drei Mal aus dem Munde der Anwesenden durch alle Räume des Saales erklungen war, schloß der Redner mit den Worten: „Und nun möge kein anderer Ruf mehr als der der reinsten Freude hier vernommen werden."

Auf der breiten Stufenreihe, welche bei derartigen Festlichkeiten den Saal mit den Logenräumen verbindet, wogte es beständig von Auf- und Niedersteigenden, in den Logen, dem Foyer, den Corridors und Restaurationslokalen saßen die ehrsamen Eltern, während die tanzlustige Jugend, wohl über 500 Paare zählend, das Parquet durchstreifte und sehnsuchtsvoll dem Beginne des Balles entgegenharrte. Man sah eben so geschmackvolle als reiche und elegante Toiletten.

Aus dem ersten Festliede, welches unter Orchester-Begleitung abgesungen wurde, sprachen folgende Strophen am meisten an:

„Die Dichtung sei in inniger Durchdringung
„Darum mit Wahrheit heut verwebt,
„Und der Intrigue künstliche Verschlingung
„Sie werde heut mit Ernst erstrebt.
„Nimmt ja das liebeverheißende Wort
„Heut nicht der Fall der Gardine fort.

„Der Boden, den Lucilens, Fannys Sohlen
„Gestreift im Flug sylphidengleich,
„Er ladet heut, die Kunst zu wiederholen,
„Wär' auch der Tritt selbst minder weich.
„Wählt aus der Damen holdblühendem Kranz
„Aethergestalten zum wirbelnden Tanz.

Kaum waren die letzten Töne des Liedes verklungen, als dieser Einladung zum Tanze die freudigste Folge geleistet wurde. Die Tanzlust war sehr groß, und obgleich die Paare unaufhörlich im Walzer, in der Polka und in der Galoppade dahinflogen, so schien der allgemein herrschenden Tanzbegier, namentlich der Damenwelt nicht volle Genüge zu geschehen. Hierdurch unterschied sich der gestrige vom vorjährigen Festballe. Damals war man mit der sicheren Voraussetzung, wenig oder gar nicht zu tanzen, in den Saal getreten, diesmal waren die Erwartungen auf's Höchste gespannt. So schaarte sich denn Alles in die zwei- bis dreifach gegliederten Tanzkolonnen, wo es wahrlich keine geringe Aufgabe war, ein Tänzchen zu erhaschen. Demungeachtet wurde viel getanzt und, Dank der Umsicht der Tanzordner, mit nicht zu großen Schwierigkeiten.

Kurz vor der Pause wurde das zweite Festlied, von Herrn Steuersekretär Voigt nach der Melodie: „Was glänzt dort im Walde im Sonnenschein?" gedichtet, durch die Musik begleitet, während eine langsam aufsteigende Wolke die Augen der Gesellschaft auf sich zog. Bald zertheilte sich der Nebelschleier und zeigte, von Genien umgeben, „Kronos", den Gott der Zeit, zu dem sich Preußens Aar emporschwingt. Beziehungsreich waren die Verse des Festliedes:

„Was aber wird kommen, wenn's wieder tagt,
Das hüllt Kronos in den dunkeln Schleier der Nacht."

Da die im Programm festgesetzten Tänze nicht ausreichen wollten, wurden neue eingeschoben und so die Zeit bis zur Pause ausgefüllt.

Endlich war die von Vielen heißersehnte Mitternachtsstunde da. In den Restaurationslokalen fehlte es nicht an den mannigfachsten Erfrischungen. Die einstündige Pause war unter gemüthlichem Frohsinn schnell verstrichen und man ging zum „Cotillon" über. Eine einzige, ungeheure Kolonne umfaßte sämmtliche Tänzer-Paare, während früher zwei, drei, oft sogar vier zugleich tanzende Kolonnen sich gebildet hatten, was sich aus dem Parquet noch bis auf die Korridors fortgepflanzt hätte, wären dort nicht die langen Tafelreihen gleich Barrikaden hinderlich in den Weg getreten. — Um 3 Uhr des Morgens verkündigten Signale des Orchesters das Ende des Balles. Das Fest-Comité sowie die Ordner haben Anspruch auf die Dankbarkeit des Publikums. Den meisten Besuchern dürfte der Eindruck, welchen der wahrhaft festliche Charakter des gestrigen Balles machte, ein stets unvergeßlicher bleiben.

Breslau, 17. Febr. [Theater.] Ich bin den Lesern dieser Blätter noch die Besprechung der „Großfürstin" schuldig. Die Oper ist nun dreimal bei ganz vollem Hause gegeben worden. Die praktische Kritik hätte also ihr Urtheil zu Gunsten der Oper abgegeben, und ich befinde mich gerade nicht in der Stimmung, theoretisch demonstriren zu wollen, daß diese praktische Kritik in keinem Zusammenhange mit der Kritik der reinen Vernunft steht. Beschränken wir uns also darauf, die Motive dieser praktischen Kritik zu ergründen.

Ein fleißiger Theaterbesucher äußerte sich nach der gestrigen, dritten Vorstellung: „Jetzt hab ichs! Jetzt weiß ichs, daß die Oper schön ist. Es ging mir mit der „Großfürstin" just wie mit dem „Propheten." Nach dem ersten und zweiten Mal hatte ich Kopfschmerzen, nach dem dritten Mal gefiel mir die Oper. Wer die „Großfürstin" drei Mal hört, dem muß sie gefallen." — Die Theater-Direktion kann nur wünschen, daß diese Logik eine allgemeine würde. Ein Anderer dagegen meinte, der große Vorzug der „Großfürstin" sei, daß sie so leicht ins Ohr fällt und den Zuhörer schon das erste Mal angenehm unterhält. Und Beide haben Recht. Wir werden gleich sehen, wie so.

Hr. v. Flotow hat sich nach französischen Mustern gebildet. Seine ersten Kompositionen sind auf dem Privattheater des Grafen von Castellane in Paris zur Aufführung gekommen. So „Der Herzog von Guise," „Alice" und Rob-Roy." — Die Opern, durch welche Flotows Name in Deutschland bekannt wurde, sind alle nach dieser einen Richtung hin gearbeitet; sie charakterisiren sich durch interessante leichtfüßige Rhythmik, lustige Tanzweisen und fließende Melodie. Hr. v. Flotow ist ein gewandter Komponist, er weiß die Hülfsmittel der Instrumente geschickt zu benutzen, und mitunter blickt auch etwas Originalität durch. — Soweit hat der eine praktische Kritiker Recht, daß man die „Großfürstin" schon bei dem ersten Anhören vollkommen zu genießen im Stande ist.

Doch die Oper hat noch eine andere Seite, an der gar viele Andere Theil haben, und die man mit einem Schlage gar nicht erfassen kann. Da steht in erster Reihe der Glanz der Toiletten. Das Auge schwelgt in diesen Prachtstoffen, und wenn der Applaus für den Gesang mäßig gewesen ist, so lag dies gewiß nur daran, daß das Auge den Sieg über das Ohr davon getragen hat. Ich werde nicht so vermessen sein, diese Toiletten beschreiben zu wollen. Die Garderobiere Frau Seltzsam und der Ober-Garderobier Hr. Wolf haben sich unsterblich gemacht.

Da ist ferner so eine liebenswürdige Koketterie mit dem Exerzieren der beiden ersten Sängerinnen, das man gar nicht oft genug sehen kann. Fräulein Babnigg und Madame Gundy exerzieren unter der Musik des Hohenfriedeberger Marsches ganz excellent.

Und nur noch Eins zu erwähnen — das Ballet und der Eispallast! Das neu und glänzend kostümirte Chorpersonal produzirt sich mit einer großen Polonaise — die Eleven der Balletschule exekutiren eine Mazurka — das Balletpersonal einen Tscherkessentanz, und das Alles in dem prächtigen Eispallaste. Der Balletmeister Hr. Hasenhut und der Dekorationsmaler Hr. Schreiter dringen zu gleicher Zeit auf uns ein, der Lorbeer gebührt Beiden. Aber man muß zu der Bewunderung Zeit gehabt haben, und der andere praktische Kritiker ist nicht im Unrecht, zu verlangen, daß man dreimal in die „Großfürstin" gehe.

M. K.

Breslau, 17. Febr. Es ist der Wunsch vielfach ausgesprochen worden, daß der von Herrn Karl Beck zu der Erinnerungsfeier Albert Lortzing's gedichtete Epilog auch dem größeren Publikum zugänglich gemacht werde. Wir sind durch die Güte des Verfassers in den Stand gesetzt, diesem Wunsche zu genügen, und lassen den Epilog nachstehend folgen.

Epilog.

Daß er gestorben, laßt uns nicht beklagen!
Beneidenswerth, wem es das Schicksal gönnt
Zu scheiden im Gefühl der reifen Mannheit,
Ein Heißgeliebtes nicht zu überleben,
Wem es vergönnt, dem Theuersten auf Erden
Vorauszugehen in das Reich der Schatten:
Ihm ward die Gnade! denn die deutsche Freiheit,
Die er geliebt vom Herzen und mit Schmerzen,
Er sieht sie nicht verderben in der Jugend
Und zwischen Lebensluft und Todesangst
Auf schlafverwaistem Krankenbette fiebern;
Gebrochen ist sein treues, warmes Auge,
Er darf es nicht beschämt zu Boden senken,
Denn nimmer sieht es, wie die Weltgeschichte
Der deutschen Kraft das reiche Haar verschneidet,
Und deutsches Weh das Alter deutscher Eichen
Erreichen kann und überdauern will.
Drum daß er starb, beklagen wir es nicht!

— — — —

Nur trauern laßt uns, daß der fromme Meister
In Noth gelebt! daß von der schönen Stirne,
Darauf im hohen, ungestörten Rath
Zur Lust des Volks, zu Gottes größrer Ehre
Unsterbliche Gedanken tagen sollten,
Die Sorge schwer und düster niederhing.
Er war zu stolz, um auf dem offnen Markt
Ein Lied zu singen von der Nächstenliebe.
Er litt und — schwieg. — Die Sage meldet uns,
Daß hohe Fürsten, die in Noth versanken,
Verbannt und flüchtig durch die Länder irrend
Um eine Streu, um Trank und Speise flehten;
Die Sage weiß von manchem Künstler auch,
Den Gram und Elend durch die Welt gehetzt,
Doch weiß sie, daß er je gebettelt? Nein!
Sein hangend Haupt, sein Dulderangesicht,
Sein traurig Lächeln und der scheue Blick,
Die sprachen wohl beredt genug: „O, Welt!
Was ihm von Oben ward, er lieh es dir,
Vergiß es nicht! denn seine stolze Lippe,
Sie wird dich nie an deine Schuld erinnern!'

— — — —

So unser Meister auch! Er litt und — schwieg.
Die Wenigen, die seinen Gram erriethen,
Sie waren selber arm! Die Sterne wollen,
Daß meist der Freund des Armen wiederum
Ein Armer sei! —
Vom Baume fliegt der Vogel,
Und schafft inmitten süßester Gesänge,
Und sucht den Halm, das Blättchen und den Faden,
Und kehrt zurück und baut das theure Nest.
Der Meister sang, wir hörten seine Weisen,
Doch spärlich fand er, was er bang gesucht:
Sein Nest, begonnen kaum zum Schutz der Kleinen,
Zerfallen kann es über Nacht, das schwanke, —
Nun — deutsches Volk, vollende du den Bau!

— — — —

O, laßt uns dankbar sein! Er hat wie oft
Wie gern uns wohl gethan in schwerer Zeit.
Ein heitrer Freund ist gar ein freundlich Licht,
Wenn drohend uns das Mißgeschick umnachtet:
Zwar leuchtet er mit goldnen Sprüchen nicht,
Und stützt uns nicht mit ewigen Gedanken,
Und lehrt uns nicht im Kampfe männlich stehn,
Doch zarter ist des heitern Freundes Hand
Und williger als die des weisen Freundes.
Er reicht uns lächelnd einen Trunk Vergessen,
Ja schäkernd hüpft er uns voran, und wir
Wir hüpfen nach, und werden Kinder. O!
Und das ist mehr und das ist Alles, ist
Der Erde höchster Schatz!
So unser Meister!
Erheiternd flog, wie Lerchen aus dem Korn
Sein Lied uns zu mit kindlichem Gekicher,
Lud auf die zarten Schwingen unsre Sorge,
Und trug sie fort, und wir genasen wieder.
Dem Armen, der den deutschen Boden floh,
Jenseits der großen Wässer — arm zu bleiben,
Gab er sein Lied zum Angedenken mit.
Den Jüngling, der sich riß vom Vaterlande,
Das er nicht sehen kann so bitter weinen,
Und trotzig nun und zwiefach gottverlassen
Im wilden Wald die Hütte zimmert — ihn
Umrauscht sein Lied, ein Traum, ein Lebewohl,
Ein Scheidegruß aus der geliebten Heimath.
O laßt uns dankbar sein dem braven Freunde!
Sein Herz, es schlägt so treu an unserm Herzen,
Und seine Seele schwebt auf unsern Lippen.

§ Breslau, 15. Febr. [Geschworenen-Liste.] Für die zweite Schwurgerichts-Periode dieses Jahres sind folgende 36 Geschworene einberufen worden:

a. Stadt Breslau: 1) Partikulier Gustav Blühdorn; 2) Pfefferküchler Gottl. Berger; 3) Gutsbesitzer Karl Chorus; 4) Oberst-Lieutenant a. D. von Frankhen; 5) Bäckermeister Daniel Geiß; 6) Stadtrath Karl Heymann; 7) Brunnenmeister Karl Heiber; 8) Seifensiedermeister Kalinke; 9) Partikulier F. W. Landeck; 10) Gutsbesitzer Louis v. Lieres und Wilkau; 11) Schmiedemeister Friedrich Pfeiffer; 12) Destillateur Friedrich Ratike; 13) Posthalter Wilhelm Sauer; 14) Branntweinbrenner August Schirdewan; 15) Kaufmann Schöngarth; 16) Kretschmer Friedrich Woywode; 17) Kaufmann August Teichgräber.

b. Kreis Breslau: 18) Erb- und Gerichtsscholz Erbmeyer aus Domslau; 19) Lieutenant und Rittergutsbesitzer Heinr. v. Friedrici Steinmann aus Larisch; 20) Fleischermeister Benjamin Heubert aus Neudorf-Commende; 21) Bauergutsbesitzer Georg Kirchner aus Klein-Mochbern; 22) Freigutsbesitzer Joseph Sendler aus Neukirch.

c. Kreis Militsch: 23) Gutsbesitzer August Heyn aus Protsch.

d. Kreis Oels: 24) Erbscholtisei-Besitzer August Händler aus Schmarse; 25) Dominial-Besitzer Leopold Graf v. Schwerin aus Bohrau; 26) Erbscholtisei-Besitzer Ernst Dabisch aus Dorf Juliusburg.

e. Kreis Neumarkt: 27) Ritterguts-Besitzer Edurd Dunkel aus Wohnwitz; 28) Bauer und Scholz W. G. Hampel aus Keulendorf.

f. Kreis Steinau: 29) Gutsherr Rud. Schönborn aus Klieschau.

g. Kreis Trebnitz: 30) Guts-Besitzer Rudolph v. Debschütz aus Pirschen; 31) Kaufmann Wilhelm Hiller aus Trebnitz; 32) Gutsbesitzer Karl Kober aus Esdorf.

h. Kreis Wartenberg: 33) fürstl. Rentmeister G. David a. Schlesisch-Wartenberg; 34) Majoratsbesitzer O. v. Rennersdorf-Paczynski aus Ober-Stradam.

i. Kreis Wohlau: Rittergutsbesitzer A. L. v. Böhm aus Cunern; 36) Rittergutsbesitzer v. Heinrichshofen aus Hammer.

Breslau, 11. Februar. [Evangelischer Verein.] Vorsitzender Heinke. — Krause theilt die Zusendung zweier Schriftchen von Seiten des Berliner Unions-Komitee's. mit. Weingärtner erstattet Bericht über die laufenden Ereignisse, soweit sie kirchliches und religiöses Gebiet betreffen, u. A. von freundlichen Zusendungen, welche beim Pastor Polko in Rosenberg eingegangen. Es sind, wie Krause beifügt, für den guten Zweck des dortigen Kirchenbaues mit Hülfe der „Pfennigsammlung" bis jetzt etwa 5000 Thlr. zusammengebracht. — In Betreff des Streitpunktes, ob über den jedesmaligen Wochenbericht eine sofortige Debatte zulässig, erneuert der Verein einen früheren verneinenden Beschluß. Böhmer protestirt gegen denselben, weil er das Recht zu Erwiderung entziehe, und Oelsner, weil er ohne vorgängige öffentliche Anzeige gefaßt worden. — Eine Frage veranlaßt Besprechung der Art, wie gegen unsittliche Bücher und Bilder zu wirken sei. Kletke und Krause verweisen darauf, daß gesetzlicher Schutz gegen dergleichen in Anspruch genommen werden könne, nach vorheriger Warnung des Verbreiters schlechter Bilder ꝛc. Oelsner dringt auf diese letztere, welche erfolgreicher sei, wenn ein Verein sich dafür bilde. Auch Böhmer ist für die Vereinigung, daran erinnernd, daß Christus Zwei zur Förderung seines Werkes ausgesendet. Der in Rede stehende Gegenstand sei ein Zweig der inneren Mission. — Weingärtner empfiehlt, da die Grenze für das Recht künstlerischer Darstellung streitig sei, für öffentliche Ausstellungen die gewissenhafteste Vorsicht und erwähnt der Schädlichkeit von Traum- und Punktirbüchern ꝛc. — Kletke über die Frage: ob der Mensch vor dem Sündenfalle so beschaffen gewesen, wie jetzt. In leiblicher Beziehung wissen wir nur von einer längeren Lebensdauer; in geistiger wird der Mensch ja noch heut durch die Sünde, d. i. durch freie Unterwerfung unter die Sinnlichkeit, verändert, nimmt Schritt für Schritt an Willensschwäche und Irrthumsfähigkeit zu. Durch Selbsterkenntniß, Reue, Buße, Besserung, Fortschritt im Christenthum werden diese Folgen überwunden. In der Vergebung der Sünde erwarten wir die Mittheilung einer höhern Kraft. Böhmer fügt bei, daß die Menschen der Gegenwart sich durch eine befleckte Ebenbildlichkeit mit Gott von Adam unterscheiden, dessen Ebenbildlichkeit eine unbefleckte. Oelsner bezieht sich auf Christus als den neuen Adam, in dessen Person die Ebenbildlichkeit wiedergewonnen sei und zwar als eine selbstbewußte, nicht mehr als eine blos naturwüchsige. Vergl. im 4. Hauptstück den 4. Abschn. Schmeidler warnt vor der Ansicht, Adam sei wie Christus voll Tugend gewesen; ohne Versuchung und Kampf besteht keine Tugend. — In Beantwortung einer Frage bemerkt Kletke, der Ausdruck: Noah habe „allerlei" Thiere (nicht alle) in die Arche gerettet, deute in schöner Weise an, daß jene Fluth keine allgemein zerstörende gewesen, wie dergleichen in vormenschlicher Zeit stattgefunden; die damals lebenden Thierarten seien erhalten worden. Böhmer erwähnt, daß auch das Neue Testament der Arche gedenkt, und daß die Nachrichten des Heidenthums die des alten Testaments bestätigen; die theologische Ansicht, welche im Heidenthum alle göttliche Offenbarung verwirft, sei eine falsche. Weingärtner weist darauf hin, daß der urtextliche Ausdruck „große Fluth" richtig mit Sündfluth übersetzt sei. Nagel führt mehrere Skrupulositäten an, denen man betreffs dieses Gegenstandes obgelegen, z. B. über das Fenster in der Arche, den nach der Fluth erst geschaffenen Regenbogen. Oelsner beneidet Die nicht, welche in dieser Weise alles Erhabene und Schöne in Bild und Wort im A. T. zerstören. — Der Name „Ketzer" stammt nach Weingärtner von den Sekten der Katharer (die Reinen) oder der Stadinger her, denen man andichtete, sie verehrten eine Katze. Böhmer: „Ketzerei" betrifft Abweichung von den christl. Grundlehren, „Schisma" ist Trennung von der Kirche. — Weingärtner rechtfertigt die Krankenkommunion. Das Abendmahl ist Gedächtniß-, Stärkungs- und Bundesmahl, wirkt Kräftigung des Glaubens, Besserung des Lebens, Erneuerung der Liebe, Versöhnung und Hoffnung der ewigen Seligkeit. Leibliche, äußerliche Wirkung von ihm erwarten, ist falsch. — Nagel: Die Krankenkommunion ist uralter Gebrauch, ein himmlisches letztes Labsal; stiftungsmäßig ist sie kaum, schon als „Bundesmahl" nicht. Dem widerspricht Weingärtner. Böhmer wünscht, daß bei Privatkommunionen die Familiengenossen theilnehmen, damit die kirchliche Seite derselben zu ihrem Rechte komme. Schmeidler schließt mit Hinweis auf alleinstehende Kranke, deren letzter Trost der Bund mit dem ist, der da bleibt, auch wenn es Abend und Nacht geworden.

Böhmer erläutert 1. Cor. 15, 23 dergestalt, daß er die Uebereinstimmung mit andern Stellen des N. T. nachweist. — Derselbe zeigt, daß, da Gott Majestät ist, und die Könige im Alterthum als Gottgeborene und Gottes Stellvertreter galten, es begreiflich sei, wie auch von ihnen das Wort Majestät ausgesagt wird. Weingärtner sieht darin einen Titel zur Bezeichnung des Hoheitsrechts. — Gewünschte Besprechung des Schriftchens von Hoffmann findet Krause des reichen Stoffs wegen unmöglich. Böhmer möchte die Hauptpunkte durch den Verfassers selbst in bestimmte Sätze gefaßt haben. — Die Tagesordnung ist noch nicht erschöpft. Schluß.

Th. O.

In vorigem Bericht ist bei Schmeidler's Fragebeantwortung von einem „Verbreiten" des göttlichen Geistes (nicht „Verarbeiten") die Rede.

Breslau, 13. Febr. [Central-Auswanderungs-Verein für Schlesien.] Sitzung vom 12. d. M. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird mit geringer Modifikation angenommen. Tagesordnung: 1) Mittheilungen; 2) Originalbrief aus Texas von dem früheren Vereinspräsidenten Kattner; 3) Fragekasten; 4) Winke für Auswanderer; 5) Auswanderungsgeographie.

1) Der Vorsitzende theilt mit, daß die Bibliothek des Vereins bereits 85 Bände zählt, deren Werth im Ladenpreise nahe an 50 Thlr. beträgt. Der gegenwärtige Vereinspräsident übernahm die Bibliothek vor ohngefähr 1 Jahr mit 12 Bänden. — Aus der Ausw. Zeitung wurde ein Schreiben aus Texas vorgelesen, das zwar interessant war, aber im Ganzen wenig Neues enthielt. Das Land sei noch wenig bewohnt, die meisten Deutschen leben in Yorktown, in Seguin, am Coleto und am Nullcreek. Holzarbeiter seien gesucht und werden sehr gut bezahlt, auch andere Handwerker. Es gebe zweierlei Pferderacen, die amerikanische schön, groß und untadelig, 80—150 Doll. im Preise und mexikanische 15 bis 40 Doll., kleiner, aber fast eben so viel leistend. Die Kühe geben nicht nur mehr Milch, als die deutschen Kühe, die Milch habe auch mehr Buttergehalt. Die Maulthiere sind sehr schön und gelten, wenn sie zum Paßgehen abgerichtet sind, 30—50 Doll. Krankheiten sind selten. Namentlich ist Texas ein Land für Kinder, die Schreiber noch nirgends so blühend gesehen hat, als dort. Einem Farmer ist seine Tochter entführt und geheirathet worden, doch ist die Versöhnung bereits erfolgt. Der Frühling fängt sechs Wochen eher an, als in Deutschland, und auch der Herbst währt sechs Wochen länger. — Die „Auswanderungs-Gesellschaft nach Südchile" in Berlin, große Hamburger Straße Nr. 7, fordert Chile-Auswanderer zum Anschluß an sie an. Die Abfahrt soll im Mai erfolgen.

2) Der texanische Originalbrief von Kattner bot, da im Vereine bereits 5 Briefe von Gliedern der Kattnerschen Auswanderungsgesellschaft vorgelesen worden waren, wenig Neues, wurde aber mit großer Aufmerksamkeit angehört. Nach den Mittheilungen über die Seereise, in welchen auch die Schilderung von dem Zusammenfahren mit einem englischen Dreimaster und von dem Eindringen einer ungeheuren Sturzwelle nicht fehlte, kommt er auf die Landung und auf die Beschreibung von Galveston nebst dem dortigen Leben. Neu war es, daß auf dem Schiffe über einen Mitpassagier, der einen Schinken gestohlen, ein Schwurgericht gehalten wurde, welches das „Schuldig" aussprach. Malifikant war ein Schneider aus Breslau. Bei der Ankunft in Galveston warnt Kattner jeden Einwanderer vor dem Genusse vieler Fleischspeisen und namentlich des Eiswassers, der unbedingt Krankheit nach sich zieht. Der Einwanderer möge sich lieber an Kaffee, Brot, Notatoes, Gemüse ꝛc. halten. Die Beschreibung einer Mahlzeit an der Table d'hôte war sehr launig. Es heißt unter Anderem: die Gabel in der linken, das Messer in der rechten Hand, muß man wacker einhauen, denn genöthigt wird hier Niemand und wer hungrig aufsteht, trägt ganz allein die Schuld. Auch muß man verdammt rasch essen, denn die Amerikaner sind mit ihrer Mahlzeit in 5—6 Minuten fertig, ohne deshalb wenig verzehrt zu haben. Allein sitzen zu bleiben und weiter zu essen ist wider den Anstand, man muß sich also bequemen, mit aufzustehen, wenn man auch erst halbsatt ist. An einer andern Stelle sagt Kattner, er werde nicht unterlassen, die Angelegenheiten seiner Auswanderungs-Gesellschaft in öffentlichen Blättern darzulegen, um dadurch etwaigen falschen Ansichten und Verleumdungen zu begegnen. Hierauf folgt die Reise auf dem Steamer den Brazos aufwärts, das Leben auf den amerikanischen Dampfschiffen, die Schilderung der Gegend und der darin liegenden Ortschaften, und ein Besuch mehrerer Frauen auf einer nahe liegenden Farm bei einer Amerikanerin. Hierüber heißt es in dem Briefe: die Dame des Hauses wiegte sich in ihrem **Rocky-chair** (Schaukelstuhl), als die Frauen eintraten, sie nahm sie sehr freundlich auf, setzte ihnen Rosoli, Wein und frische Feigen vor und rieb die kleine Blanca mit einer wohlriechenden Flüssigkeit ein, da sie von Musquitostichen arg zugerichtet war. — Alles, ohne daß ein Wort gesprochen wurde, denn die deutschen Frauen verstanden nicht englisch und die Texanerin nicht deutsch. Die Mienensprache mußte hier Alles ersetzen. Wie prächtig die innere Einrichtung des Hauses gewesen, davon wußten die Frauen nicht genug zu erzählen. „Wenn sie es nur auch bald so hätten," fügten sie seufzend hinzu! „Könnt lange warten," dachte ich und lächelte bei ihren Seufzern. Gegen das Ende des Briefes heißt es, daß doch Niemand an das Farmen denken möchte, der nicht mindestens 600 Doll. mit nach Texas bringt. Die Hitze in Catspring stieg im Juli bis auf 31 Grad Reaumür und es rissen kalte und hitzige Fieber ein, von dem fast kein Haus verschont blieb. Die Krankheiten nehmen einen sehr raschen Verlauf — gesund oder todt binnen wenigen Tagen.

3) Warum werden die Bücher der Bibliothek so schwach gelesen? Der Fragesteller hatte folgende Antwort dazu geschrieben: „Weil sie zu theuer und den Aermeren nicht zugänglich sind wegen des zu hohen Pfandes." Der Vorsitzende erklärte hierzu, daß er, wenn man ihn der Verpflichtung entbände, für die Richtigkeit der Bibliothek einzustehen, sehr gern die Bücher ohne Pfand verabfolgen würde. Dies wurde entschieden abgelehnt. — Garantirt die chilenische Regierung Verträge mit Dienstboten, wenn dieselben hier abgeschlossen? Die Frage wurde insofern mit Ja beantwortet, wenn der Vertrag gerichtlich abgemacht ist. — Eine andere Frage bezog sich auf die Dauer der Fahrt nach Chile. Die kürzeste Fahrt hat 72, die längste bis jetzt bekannte 130 Tage gedauert. — Ist in Valdivia das deutsche Element schon so vorherrschend, daß man sich ohne Kenntniß des Spanischen durchhelfen kann? Reichardt erklärte, daß etwa 600 Familien in Valdivia zerstreut lebten.

4) Die Winke für Auswanderer betrafen das religiöse, politische und Familienleben der Nordamerikaner, nebst einigen Sitten und Gebräuchen.

5) Fortsetzung der Vorlesung: Ein Ausflug nach den Cordilleren. Der Vorsitzende bietet Auswanderungslustigen seine Vermittelung zur Ueberfahrt nach allen überseeischen Häfen an. — 9 Gäste. Schluß der Sitzung 9½ Uhr.

C. W.

Mit einer Beilage.

△ **Liegnitz,** 16. Febr. [Militär.] Das seit etwa 14 Tagen hier in Kantonnirung gelegene Füsilier-Bataillon des 19. Infanterie-Regiment wird uns am 20. d. M. wieder verlassen, um unserer Garnison, einem Bataillone des 18. Infanterie-Regiments Platz zu machen. Das Gerücht, als würde das 2. Bataillon 6. Infanterie-Regiments wieder ins Standquartier hierher kommen, hat sich sonach als ungegründet herausgestellt.

Habelschwerdt, 11. Februar. [Jubelhochzeiten.] Gestern erlebten wir ein seltsames Fest, die 50jährige Jubel-Hochzeit des achtbaren Schneidermeisters Joseph Reinelt hierselbst. Das Jubelpaar wurde durch den königl. Landrath Herrn Miketta und den Bürgermeister Herrn Gröger, so wie von den Magistratualen und dem löbl. Schneidermittel, denen zwei Enkel mit weißen Stäben, deren Knöpfe vergoldet und mit Myrthen umwunden waren, vorangingen, von ihrer Behausung in die Kirche begleitet, wo sie nach einer dem Feste entsprechenden Rede vom Herrn Pfarrer Ludwig eingesegnet, einer heiligen Messe beiwohnten, nach welcher der Zug in ersterer Ordnung zur reichbesetzten Tafel geführt wurde; am Abende endete ein Ball das Fest. Das Jubelpaar zählt zusammen 147 Jahre, und ist der Jubilar um 1 Jahr älter als seine Ehehälfte. — Heute wurde abermals ein 50jähriges Jubelpaar, der Glasermeister Fekert mit seiner Ehefrau, hier eingesegnet, und nach der kirchlichen Feier von ihren Angehörigen nach Hause begleitet. (Hausfreund.)

Mannigfaltiges.

— (Berlin, 15. Feb.) Die im Verlage von Gust. Hempel erscheinende Uebersetzung der „Memoiren des Casanova" ist heute in Beschlag genommen worden.

— (Ein gräßlicher Unglücksfall.) Heut Nachmittag gleich nach 1 Uhr, flog die dem Herr Kohlbach in Alt-Ruppin gehörige Pulvermühle zu Zippelsförde, 1½ M. von Neu-Ruppin gelegen, auf, wobei 8 Menschen sogleich ihr Leben verloren, 2 andere zwar noch leben, aber so gräßlich verstümmelt sind, daß sie schwerlich durchkommen werden. Sie wurden durch die Gewalt des Luftdrucks aufgehoben und fielen wieder in den vorbeifließenden Rhin nieder, aus dem sie herausgefischt werden mußten, aber schrecklich verbrannt, einen erbarmungswürdigen Anblick gewährten. Sie sind in ein Hospital nach Neu-Ruppin gebracht. Alle Verunglückten gehören dem Arbeiterstande an, und hinterlassen zum Theil zahlreiche Familie, die durch das Unglück ihre Ernährer verloren. Wodurch das Unglück entstanden, wird theilweise wohl nie zum Vorschein kommen. Das Magazin ist glücklicherweise gerettet, was um so bedeutungsvoller ist, da sich in demselben bei 300 Centner Pulver befinden sollen. Schon bei den, wie man sagt, in der Mühle befindlichen 16 Centnern, welche in drei sich rasch folgenden Pausen explodirten, war die Erschütterung so stark, daß die Fenster auf 1½ M. Entfernung heftig erklirrten. Im Städtchen Lindow, 1 Meile von dort entfernt und unter dem Winde gelegen, sind die Fensterscheiben gesprungen; in Alt-Ruppin, gleich weit entfernt, sollen die angelehnten Spiegel in einem Möbel-Magazin zur Erde gefallen sein. (N. P. Z.)

Die Gesammtzahl der Juden in der preußischen Monarchie betrug mit Einschluß von 962 im stehenden Heere dienenden am Ende des Jahres 1849 218,773. Am Ende des Jahres 1846 betrug dieselbe 214,432. Also Vermehrung in diesen 3 Jahren 4341. Von den obigen 218,773 lebten: 173,199 oder 79,17 pCt. in den Städten und 45,574 (20,83 pCt.) auf dem Lande, während bei den Christen das umgekehrte Verhältniß stattfand, nämlich 4,443,713 (27,58 pCt.) in den Städten und 11,668,701 (72,42 pCt.) auf dem Lande lebten. (C. C.)

— (Darmstadt, 12. Februar.) Soeben Vormittags 11 Uhr hat sich der Kammerdiener des Grafen v. Görlitz, Namens Schiller, erschossen. Schiller war als Zeuge bei dem bekannten Stauff'schen Prozeß betheiligt und man ist gespannt, aus den bei dem Selbstmörder vorgefundenen Briefen zu erfahren, was ihn zu dieser That bewogen hat. (F. J.)

— β (Königsberg, 13. Februar.) So wie zur Zeit die Ohm-Gödsche'sche Denunziation die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zog — so sieht man hier mit allgemeinem Unwillen dem abscheuerregenden Treiben einiger Personen zu, die zu ihren Enthüllungen ein Organ haben — das eigentlich nur eine fortlaufende Kette von Denunziationen der niedrigsten Art bildet. — Gerade die ehrenwerthesten Persönlichkeiten werden am häufigsten verdächtigt. — Dr. Ludwig Walesrode hat in seiner witzigen geistreichen Weise in einer Broschüre dieses schamlose Treiben unnachsichtlich aufgedeckt, selbst die Beamten, die aus blindem Diensteifer oder aus Fanatismus dieses Treiben billigen und gar begünstigen — offen angegriffen. Ob der letztere Umstand die hiesigen Buchdruckereibesitzer bisher abgehalten — den Druck der Broschüre abzulehnen — ist zweifelhaft — so viel ist gewiß, daß Dr. Walesrode hier bis jetzt keinen Drucker hat finden können. — Allein schon im Interesse der Moral wäre zu wünschen, daß die feinen Fäden des Luges und Truges, die eine verworfene Clique im Finstern spinnt, endlich an das Tageslicht gezogen würden.

— (Zweibrücken, 11. Febr.) Heute wurden in dem großen Prozeß aus der Pfälzer Bewegung die Urtel des Spezialgerichts gesprochen. Des ihnen zur Last gelegten Verbrechens des Attentats ꝛc. wurden sämmtliche Angeklagte für nicht schuldig erklärt. Gänzlich freigesprochen wurden 12; zum Tode verurtheilt (wegen Mord und wegen Verhaftung unter Bedrohung mit Mord) 2; zu Zwangsarbeiten 13; zu zweijähriger Gefängnißstrafe 1.

— (Chur, 11. Febr.) Das Erdbeben vom 5. d. M. wurde auch in Graubünden an mehreren Orten verspürt, und hat nach der „Bündner Zeitung" im Oberland mehrere Erdschlüpfe veranlaßt.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

E. Landwirthschaftliche Conjunktur.

Ob diese günstig oder ungünstig sei, das hängt von dem Preise der landwirthschaftlichen Produkte ab, wie sie im Verhältniß zu den Erzeugungskosten stehen. Je nachdem nun aber diese Produkte in größerer oder geringerer Menge erzeugt und vorhanden sind, je nachdem steigt oder fällt auch der Preis. Stimmt das Steigen mit der Menge und den Erzeugungskosten überein, oder geht der Preis noch darüber hinaus, so ist die Conjunktur günstig. Das Gegentheil ergiebt sich von selbst. Nach diesen Prämissen wollen wir einige, den landwirthschaftlichen Handel berührende Produkte vornehmen, und sehen, wie so eben die Conjunktur für sie stehe.

Zuerst das Getreide. Vorzugsweise von allen Sorten ist gegenwärtig einzig nur für den Weizen eine günstige Conjunktur, denn er war im vergangenen Jahre gerathen und hat immer guten Ertrag geliefert. Bei einem solchen vermindern sich alle Zeit die Erzeugungskosten in der Art, daß sie sich auf das Ganze vertheilen, mithin, da mehr vorhanden, auch geringer sind. Bei dem guten Ertrage ist denn auch der Bedarf mehr als ausreichend gedeckt. Aus dem allen folgert sich ein mittlerer Preis, der gegenwärtige aber steht über einen solchen. Anders ist es mit dem Roggen, denn dieser gab im vorigen Jahre einen sehr geringen Ertrag, der zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichend ist, und dennoch steht bis jetzt sein Preis nicht viel über „mittel", es ist mithin für ihn die Conjunktur eine ungünstige, so günstig die Sache auch für die Consumenten ist. Mit Gerste und Hafer ist es derselbe Fall, am allermeisten aber mit den Erbsen. Für Kartoffeln kann man sie günstig nennen, weil im Verhältniß zur gewonnenen Menge und in Beziehung auf Deckung des Bedarfes der Preis ein guter zu nennen ist, da er nicht unbedeutend über dem mittleren Durchschnittsatze steht. Wenden wir das alles auf das Ganze unserer Provinz an, so erfreut sich die Landwirthschaft schon im Allgemeinen keiner eigentlich günstigen Conjunktur, das ist aber noch viel mehr der Fall, wenn wir einzelne Gegenden und Distrikte speziell auffassen. So namentlich müssen sich alle die gedrückt fühlen, welche nur wenig Weizen erzeugen, und wo daneben noch die andern Getreidearten niedriger im Preise stehen, als in denen, wo viel Weizen erbaut wird. Leider findet in manchen dieser Gegenden der traurige Fall statt, daß die Landwirthe selbst sich darüber freuen müssen, wenn die Preise niedrig stehen, und das aus dem traurigen Grunde, weil sie nichts zu verkaufen haben, und selbst noch kaufen müssen.

Von Oelsaaten ist wenig mehr in erster Hand, weshalb auch die für dieselben eben bestehende Konjunktur die Landwirthe im Allgemeinen wenig berührt. Aber wichtig ist die Frage, was wir für beide, nämlich für diese und für das Getreide, im laufenden Jahre zu erwarten haben? Die harten Nachtfröste, welche wir seit einiger Zeit gehabt, mußten die blos gelegten Saaten um so empfindlicher treffen, als immer am Tage die Sonne warm schien, sie belebte und für die schädlichen Einwirkungen des Frostes desto empfänglicher machte. Jetzt (13. Febr.) scheinen sie noch eine dicke Schneedecke bekommen zu sollen, die aber, bei der Sonnenhöhe, wie sie bereits da ist, wohl nicht lange vorhalten dürfte. Noch aber ist die Gefahr nicht groß und wenn es nicht noch schlimmer nachkommen sollte; so dürfen wir für die Getreide-, sowie die Oelsaaten unbesorgt sein. Wir müssen dies für ein großes Glück schätzen, weil sonst die Getreidepreise in Kurzem sehr bedeutend steigen würden; denn auch trotzdem, daß wir auf eine reichliche Erndte in diesem Jahre zu hoffen hätten; werden die Preise — ehe sie da ist — sicher steigen.

Eine nicht unerhebliche Revenue bezieht ein großer Theil unserer Oekonomien in diesem Jahre vom Kleesaamen, was jedoch nur von Niederschlesien gilt, denn im Mehrtheil von Oberschlesien hat man nicht allein keinen zu verkaufen, sondern muß sogar den eigenen Bedarf kaufen. — Als fast allgemein gerathen kann man vom vorigen Jahre den Flachs annehmen, nur ist sein Preis auch nicht sehr lohnend, was jedoch für unsre Leinen-Industrie von Vortheil ist.

Wie es um den Wollenabsatz stehen werde, das fragen sich die Betheiligten schon seit mehreren Wochen. Nach dem Gange des Geschäfts, wie er zeither stattgefunden, kann man dasselbe gesund nennen: denn nicht wagende oder gar unbesonnene Spekulation hat seit längerer Zeit die Käufe veranlaßt, sondern reeler Bedarf, und dieser kann und wird so leicht nicht überboten werden, und sich namentlich auf den nächsten Frühjahrsmärkten geltend machen. Die Erwartungen des Mehrtheils der Produzenten sind nicht sanguinisch und ihre Forderungen werden nicht überspannt sein. Mit den vorjährigen Preisen erklären sich schon jetzt die meisten zufrieden, und daß diese werden erreicht werden, das kann man wohl mit ziemlicher Gewißheit annehmen, es müßten denn völlig unerwartete Ereignisse eintreten. Daß von bereits vollzogenen Abschlüssen auf die nächste Schur noch wenig oder nichts verlautet, darf uns nicht irre machen, weil zeither die politischen Verhältnisse nicht von der Art waren, um zu weit aussehenden Spekulationen aufzumuntern. — Wenig glänzende Geschäfte haben in diesem Winter die Schafzüchter gemacht, welche auf bedeutenden Zuchtviehverkauf gerechnet hatten: denn es ist im Ganzen wenig gekauft worden, was vornehmlich seinen Grund in der Erwartung des Krieges hatte. Muß nun gleich dieser Verkauf sich von Jahr zu Jahr vermindern, weil immer mehr von den Schäfereien des Landes so empor kommen, daß sie keinen fremden Zukauf mehr zu bedürfen glauben: so bleibt dennoch eine Nachhülfe mit Thieren aus den edelsten Heerden nöthig, wenn man nicht zurück gehen will, und das wäre ein Verlust nicht blos für die Landwirthschaft, sondern auch für unser ganzes Vaterland.

* **Wien,** 15. Febr. In der heutigen Sitzung des Zoll-Kongresses wurde für Dampfkessel ꝛc. ein Einfuhrzoll von 5 Fl., für Motonen von 7 Fl. 30 Kr. und für Arbeitsmaschinen von 3 Fl. festgestellt. Chemische Produkte werden nach dem Kommissions-Antrage verzollt.

Oberschlesische Eisenbahn. In der Woche vom 9. bis 15 Febr. d. J. wurden befördert 8445 Personen und eingenommen 16751 Rtlr.

Neisse-Brieger Eisenbahn. In der Woche vom 9. bis 15. Febr. d. J. wurden befördert 1731 Personen und eingenommen 1321 Rtlr.

Krakau-Oberschlesische Eisenbahn. In der Woche vom 9. bis 15. Febr. d. J. wurden befördert 2683 Personen und eingenommen 2741 Rtlr.

Wilhelms-Bahn. In der Woche vom 8. bis incl. 14. Februar d. J. wurden befördert 2102 Personen und eingenommen 2042 Rtlr.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn. In der Woche vom 9. bis 15. Februar d. J. wurden 2268 Personen befördert und eingenommen 2749 Rtlr. 4 Sgr. 5 Pf.

Inserate.

In der Albert A. Wenediktschen Buchhandlungen in Wien ist erschienen und in **Breslau** bei **Graß, Barth u. Comp.**, Herrenstraße Nr. 20, zu haben:

Neuester französischer Trichter,

oder der schnell lehrende Franzose.

Vollständige und sicher zum Ziele führende Anleitung, die französische Sprache ohne Lehrer

in 12 Tagen

vollkommen lesen, sprechen und schreiben zu lernen. Mit vielen Gesprächen, Spracheigenheiten und einem französischen Wörterbuche.

Von Felicien Menard.

2. verbesserte Auflage.

189 Seiten. Taschenformat. 1851. brochirt. 6 Sgr.

Es giebt noch viele ähnliche Schriften, aber keine dürfte dieser den Vorrang streitig machen. Abgesehen von der großen Billigkeit des Preises bei bedeutendem Umfange, bietet dieses Werk den Lernenden alle Mittel zum Selbstunterrichte dar. Die Aussprache mit deutschen Buchstaben durchaus bezeichnet, eine seltene Korrektheit und eine faßliche Methode, leitet den Lernenden von den ersten Anfangsgründen bis zur völligen Ausbildung ohne fremde Nachhilfe.

In **Oppeln** bei **Graß, Barth u. Comp.**, in **Brieg** bei **Ziegler**.

Im Verlag von Heinrich Köhler in Stuttgart erschien soeben und ist in allen Buchhandlungen zu haben, in **Breslau** bei **Graß, Barth u. Comp.**, Herrenstr. 20:

Gallerie zu Göthe's Werken. Nach Original-Handzeichnungen von Jul. Nisle, lithogr. von C. W. Müller. 1. Lief. 4 Blätter. Inhalt: Hermann und Dorothea, der Fischer, Faust, Erlkönig. Preis: 12 Sgr.

☞ Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß diese Gallerie nicht aus Umrissen, sondern aus vollkommen ausgeführten Kreidezeichnungen in Tondruck besteht, die sich besonders auch zur Zimmerverzierung eignen.

In **Brieg** vorräthig bei **Ziegler**, in **Oppeln** bei **Graß, Barth u. Comp.**

In der Flemming'schen Buchhandlung (J. Blumberg) in Glogau sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

1. **Die Entstehung und Fortentwickelung der evangelischen Kirche** nach ihren 3 Bestandtheilen, nebst Mittheilung über die separirten Lutheraner, Deutschkatholiken, freien Gemeinden, Baptisten, Irvingianer, konfessionslosen Unionisten und deren Bestrebungen. Ein Beitrag zur Orientirung und Belehrung bei der bevorstehenden kirchlichen Organisation und Kirchengemeinde-Ordnung, von Fr. Dümichen, Pastor an der ev. lutherischen Gemeinde in Herrndorf. 1851. Preis 5 Sgr.
2. **Die Konfirmanden-Schule.** Ein Wegweiser beim Religions-Unterricht in Schule, Kirche und Haus, wie auch zur Selbstbelehrung für mündige Glieder der evangelischen Kirche. Verfaßt auf Grundlage der h. Schrift, mit Berücksichtigung der aus derselben, lutherischer- und reformirterseits, hervorgegangenen gültigen symbolischen Bekenntnißschriften und Beifügung erklärender Anmerkungen 2c. 2 Theile. 2. Aufl. 1 Rtl.
3. **Auszug aus der Konfirmanden-Schule.** 2. Aufl. In Parthien 5 Sgr.

Denen, welche über die Nr. 1 angedeuteten Punkte eine kurze und bündige Belehrung wünschen, empfehlen wir diese inhaltsreiche Schrift. Prediger, Lehrer, Kirchenpatrone und Kirchenvorsteher machen wir besonders darauf aufmerksam. Die beiden andern Bücher, Nr. 2 und 3, sind bekannt und im gesegneten Gebrauch; es eignet sich auch Nr. 2 vorzüglich zu Konfirmations-Geschenken.

Humoristische Neuigkeit.

So eben ist in Berlin erschienen und in der Buch- und Kunsthandlung von **Ignaz Kohn** (Junkernstraße Nr. 13) eingetroffen:

Pritsche und Knute.

Carnevals-Album für 1851.

Der Oeffentlichkeit Preis gegeben von

Adolf Brennglas.

Mit vielen Illustrationen von Th. Hosemann.

Eleg. broch. Preis 7½ Sgr.

Humoristische Vorträge.

Von **A. Löwenstein.**

2 Hefte à 5 Sgr.

Königl. Staats- und landwirtschaftl. Akademie zu Eldena bei Greifswald.

Die Vorlesungen an der königl. staats- und landwirthschaftl. Akademie zu Eldena werden für das nächste Sommer-Semester am 28. April beginnen und sich auf die im Studienplane derselben vorgeschriebenen Gegenstände aus der Staats-, Land- u Forstwirthschaft und deren Hülfswissenschaften beziehen. Nähere Auskunft über die Akademie und deren Einrichtung wird von der unterzeichneten Direktion auf dessallsige Anfragen sehr gern ertheilt werden.

Eldena im Februar 1851.

Die Direktion der königl. staats- und landwirthschaftlichen Akademie.

E. Baumstark.

Deutsche Betriebskapitals- und Aussteuer-Anstalt

für den Handels- und Handwerker-Stand.

Anmeldungen zur Aufnahme von Mitgliedern, Behufs Erwerbung von **Betriebs-** oder **Aussteuer-Kapitalien**, im Betrage von

100 Thalern bis zu 10,000 Thalern,

werden angenommen, so wie auch das **Programm** der Anstalt, die Aufnahme-Bedingungen enthaltend, gratis verabreicht bei

J. Triest in Breslau, Ohlauer Straße Nr. 24.

Trebnitz-Zdunyer Actien-Chaussee.

Bei der am 12. Februar d. J. in Militsch abgehaltenen außerordentlichen General-Versammlung der Actionaire ist beschlossen worden:

der dem Reserve-Fonds der Gesellschaft für das Jahr 1847 zu erstattende Betrag soll durch eine Einzahlung der Actionaire, und zwar
von jeder Actie à 50 Rthlr. mit 7½ Sgr.,
von jeder Actie à 20 Rthlr. mit 3 Sgr.
aufgebracht und **am 26. Februar d. J.**
an das Direktorium hierselbst eingezahlt; jeder Actionair aber, welcher an diesem Tage seinen Verpflichtungen nicht genügt hat,

durch die zustehenden Rechtsmittel dazu angehalten werden.

Wir machen diesen Beschluß hierdurch vorschriftsmäßig bekannt und ersuchen die Herren Actionaire, demselben pünktlich nachzukommen.

Militsch, den 13. Februar 1851. **Das Direktorium.**

Hierdurch meinen geehrten Geschäftsfreunden die ergebene Anzeige, daß ich von heute ab dem Herrn **Eduard Henschel** in Breslau ein Kommissions-Lager meines baierischen Hopfens übergeben habe, und daß nur dieser von jetzt ab für mich agiren wird.

Julius Landmann in Nürnberg und Berlin.

Auf Obiges Bezug nehmend, empfehle ich hiermit das durch eben erhaltene Zusendungen aufs Beste assortirte Lager ächten baierischen Hopfens 1850er Erndte zur gefälligen Beachtung, bei Versicherung der promptesten und reellsten Bedienung.

Ed. Henschel, Albrechtsstraße Nr. 28.

Verkauf eines Landgutes im Königreich Polen.

Das bedeutende Rittergut Altstadt (Staremiasto) an der Haupt-Chaussee von Warschau nach Posen, 6 Meilen von der ehemaligen Gubernialstadt Kalisch, 4 Meilen von der Grenzstadt Slupce und kaum 3 Meilen von der preußischen Grenze, soll aus freier Hand verkauft werden. Seine Lage ist eine romantische und da es mit seinen Dörfern und Vorwerken die Kreis- und Bezirksstadt Konin umgiebt und von der hier schiffbaren Warthe berührt wird, so bietet es auch für die Kommunikation und den Handel große Vortheile. Es besteht aus 7 Vorwerken und Dörfern, mit fast durchweg neuen massiven Wirthschaftsgebäuden, hat außerdem 8 zinsbare Pertinenzen und enthält 24,642 Magdeburger Morgen, die sich so vertheilen:

Urbares Dominial-Vorwerks-Land	9309
Dominial-Forsten und Wälder mit meist 50—80jähr. Holze besetzt	5262
Zins- und Bauern-Land erga 15,000 Handtage und 2400 Thaler preuß. Kourant jährlicher Zinsen	10071
also zusammen Morgen	24642

Der Preis für dieses Gut ist auf 250,000 Thaler preuß. Kourant festgestellt, wovon circa der 4. Theil auf dem Gute stehen bleiben kann. Alles Nähere ist brieflich franco bei Herrn R. Friedlein, Buchhändler in Warschau, Senatorenstraße Nr. 460, zu erfragen.

Kaviar-Anzeige.

Gestern empfingen wir noch einen Transport **frischen, fließenden, großkörnigen, wenig gesalzenen, echt astrach. WinterKaviar** und empfehlen davon zum Wiederverkauf, wie auch einzeln möglichst billig.

Lehmann u. Lange, Ohlauer-Straße Nr. 80.

Eine neue Galvanisirmaschine,

die durch eigenen Mechanismus in Thätigkeit versetzt wird und sich besonders zum Gebrauche **in Schulen** eignet, ist billig zu verkaufen. Näheres unter der Adresse **E. B.** Kohlfurt.

Landwirthschaftliche Gewerbe.

Der Brennereibetrieb, so vollkommen er auch sein mag, hat immer noch nicht seinen Kulminationspunkt erreicht. Noch immer bezahlen die Herren Brennereibesitzer oft durch bloße Charlatanerie, theueres Lehrgeld.

Eigends angestelltes Studium und Erfahrung, verbunden mit andern Hilfsmitteln und Hilfsquellen, setzen mich in den Stand, den Herren Brennereibesitzern unter vielen andern Folgendes zu garantiren.

Nämlich die von mir gefertigten Apparate sind zuvörderst auf das Prinzip der Einfachheit und nahen Verbindung der Apparattheile so wie der möglichsten Zeit Holz-, Material- und Arbeits-Ersparniß basirt.

Selbst bei einem bloßen täglichen Betriebe von 900 Quart zieht ein solcher Apparat durchschnittlich 87—88 Grad Tralles Spiritus und besteht blos aus einer Blase, Vorwärmer, Dephlegmations-Vorrichtung, zwei Kühlbecken, Schlange und Kühltonne. Ein Raum von 8 Fuß Höhe nimmt denselben auf bei höchst geschmackvoller Arbeit.

Neu gefertigt, am Orte aufgestellt, kostet ein solcher Apparat zum täglichen Abbrennen von 12 bis 1500 Quart reiner Maische 800 Rthl.

Größere Apparate ziehen durchschnittlich 90 Grad Distinkte. Anerkenntnisse, Empfehlungen und Zeugnisse über wirklich ausgeführte gelungene Werke so wie letztere selbst, kann Jeder in Augenschein nehmen, auch alles Uebrige näher erfahren, es bedarf blos, daß man sich deshalb mit mir durch frankirte Briefe in Beziehung setze.

Rosenberg in Oberschlesien,
den 8. Februar 1851.

Bayer, Kupferwaaren-Fabrikant.

Ein Rittergut

in Niederschlesien mit 700 Morg. Areal, guten Gebäuden und einer Ziegelei ist mit vollständigem Inventarium Verhältnisse halber für den festen Preis von 22,000 Rtlr. zu verkaufen durch

A. Geisler, Schmiedebrücke Nr. 44.

Auf eine Herrschaft in der Nähe von Breslau werden von Ostern d. J. zwei Wirthschafts-Eleven gesucht. Näheres bei

A. Geisler, Schmiedebrücke Nr. 44.

Engagements suchen:

Commis, die tüchtig in Spezerei- und Wein-Geschäften, die auch der Buchführung und Correspondenz kundig sind, vom 1. April d. J. ab; ebenso Commis für Modewaaren-Geschäfte zum sofortigen Antritt oder zum 1. April d. J. Auch weise ich Knaben Lehrlingsstellen in Manufaktur-, Produkten-, in einem großen Galanterie-Geschäft und andern Handlungen sofort oder zum 1. April d. J. anzutreten nach.

E. Leubuscher, Albrechtsstr. Nr. 47.

Eine **holländische Windmühle** nebst Wohnung in einer Kreisstadt Mittelschlesiens ist zu verkaufen. Näheres bei Herrn **S. P. Ollendorff**, Ohlauerstraße in der Weintraube.

Für ein Band- und Posamentir-Waaren-Geschäft wird ein Lehrling gesucht. Näheres hierüber bei Herrn **S. P. Ollendorff**, Ohlauerstraße in der Weintraube.

Verpachtungs-Anzeige.

Die Parzellen Nr. 2, 3, 4 und 6 Dammstraße nahe an Pöpelwitz, sollen mit den betreffenden Wohngebäuden und den dazu gehörigen Aeckern und Wiesen, für das Jahr 1851 einzeln oder im Ganzen verpachtet werden.

Das Nähere beim Kommissionsrath **Hertel**, Seminargasse Nr. 15.

Widerlegung!

Es hat sich in hiesiger Stadt und in der Umgegend das **böswillige und lügenhafte Gerücht** durch Personen, die mir schaden wollen, verbreitet, daß ich von Ostern ab das Lehrfach niederlegen wolle. **Ich erkläre dies hiermit für eine freche Lüge.** — Ich werde mich vielmehr bemühen, meinen Wirkungskreis, in welchem ich mir seit 13 Jahren so viel Vertrauen erworben habe, **durch angestrengten Fleiß und beharrliche Ausdauer nach wie vor** auf eine ehrenvolle Weise zum Wohle der mir anvertrauten Zöglinge auszufüllen.

Beuthen Oberschl., den 9. Febr. 1851.

J. M. Cohn.

Knochenkohle.

Den Herren Rübenzucker-Fabrikanten empfehle ich meine grob gekörnte Knochenkohle bekannter bester Qualität und zum möglichst billigen Preise, bei erst offenem Wasser und auch auf Lieferung per Sommer und Herbst.

Auch mehlfein zur Verklärung, habe ich starke Posten zu spottbilligem Preise abzulassen.

Produkten-Fabrik a./O. oberhalb Stettin, im Februar 1851. **Karl Hirsch.**

Möbel-Damaste

und **einfarbige**

Möbel-Cords

in vollständigstem Assortiment empfehlen zu den solidesten Preisen:

Wohl u. Cohnstädt,

Nikolai-Straße (Ring-Ecke 1) **im zweiten Gewölbe.**

Es wird gesucht:

eine Wohnung von 2 oder 3 Stuben nebst Küche und Gartenbenutzung in der Schweidnitzer Vorstadt.

Neue Schweidnitzerstr. Nr. 2, 1 Stiege hoch.

Equipage-Verkauf.

Wegen eingetretenem Todesfalle ist eine **komplette Equipage mit allem Zubehör zu verkaufen, und erfährt man Näheres Nikolaistraße Nr. 74 in Breslau.**

Eine in einer belebten Kreisstadt Oberschlesiens, in vollem Betriebe stehende **Färberei**, mit 2 Waid- und 3 kalten Küpen, 4 Kesseln und allen nöthigen Formen und Utensilien ist unter höchst vortheilhaften Bedingungen baldigst zu verkaufen. Ernstliche Käufer erfahren das Nähere sub **M. H.** poste restante Brieg franco.

Verkauf eines Frbrikgeschäftes.

Ein rentables **Fabrik-Geschäft von feinen Spirituosen**, die hinsichtlich ihrer Qualität einen besondern Ruf haben, ist mit Vorräthen, Utensilien und **allen Fabrikgeheimnissen** zu mäßigem Preise zu verkaufen. Der bisherige Besitzer, welcher Deutschland verläßt, hat die anerkannt besten **Rum-Aethers, Arrac, Cognac, Absynth, Marasquino** und alle feineren Liquere fabrizirt. Nähere Auskunft ertheilt: **C. Schneitler** in Berlin, Jerusalemerstraße Nr. 19.

Hülfe für alle Hautkranke. —

Das **echte Kummerfeldsche Waschwasser**, welches seit sechszig Jahren durch viele tausend segensreiche Erfahrungen bewährt ist, heilt radikal und ohne alle schädliche Nachwirkung alle nassen und trocknen Flechten, Schwinden, Finnen, Pusteln, veraltete Krätze, Kupferflecken, Hitzbläsechen und alle derartigen Ausschläge und Hautkrankheiten. — **Gerichtlich beglaubigte Zeugnisse** werden jeder Flasche beigegeben, auch auf frankirte Anfragen Jedem gern mitgetheilt. — Die ganze Flasche kostet 2 Rthlr. 5 Sgr. — die halbe 1 Rthlr. 10 Sgr. und ist einzig und allein zu beziehen von **Dr. Ferd. Jansen**, Buchhändler in Weimar. — Briefe und Gelder franko.

Sonntag den 23. Februar 1851.

Redoute

im

Café restaurant.

Oeffentliches Zeugniß.

Um alle Die, die an rheumatischen Schmerzen leiden, auf ein untrügliches, nicht genug zu empfehlendes Mittel aufmerksam zu machen, bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß eine der Goldberger'schen galv.-elektr. Rheumatismus-Ketten mich von einem sehr harten Leiden befreit hat, ich konnte oft vor Schmerz selbst weder sitzen noch liegen, und bin durch den Gebrauch dieser Kette binnen kurzer Zeit von diesem Uebel geheilt worden, weshalb ich mich auch bewogen fühle, diese Ketten öffentlich zu empfehlen.

Kreibau bei Haynau, Reg.-Bez. Breslau, den 9. Januar 1851.

Fiebig, Tischlermeister.

Verkaufs-Anzeige.

Mein hier am Markt, dem Rathhause gegenüber, belegenes massives Haus, 6 Fenster Front, worin seit 50 Jahren ein Kurz- und Eisen-Waaren-Geschäft betrieben worden, bin ich Willens aus freier Hand zu verkaufen. Dasselbe enthält ein offenes Verkaufs-Gewölbe, 2 Neben-Gewölbe, einen Keller und 5 bewohnbare Stuben, eine Holz-Remise, Stallung zu 2 Pferden oder Rindvieh; ein Hinterhaus mit 1 Stube, Küche, Gewölbe und Kammer, einen bedeutenden Hofraum, worin eine Scheuer ist; nebst einem Blumen-, Gemüse-, großem Obst- und Grase-Garten. Auch gehört zu diesem Grundstück ein sehr nahe gelegenes Ackerstück zu 2 Scheffeln Breslauer Maaß Aussaat.

Nähere Auskunft darüber ertheilt auf portofreie Anfragen die Unterzeichnete.

Reele und Zahlungsfähige können sich jederzeit melden bei der

verw. Rosalie Brun, geb. Steige.

Schmiedeberg in Schlesien,
d. 15. Febr. 1851.

Nach der Schur können zu Manze (bei Jordansmühl) 250 edle, gesunde, tragende Mutterschafe abgelassen werden. Die Wolle der hiesigen Heerden ist 1851, zu 120 Thaler für den Centner, durchschnittlich verschlossen.

Das Wirthschaftsamt.

Um unnöthigen Gerüchten vorzubeugen, zeige ergebenst an, daß ich das Hotel zum blauen Hirsch, Ohlauerstraße Nr. 7, selbst gekauft und alleiniger Eigenthümer bin, ohne einen Kompagnon oder sonst irgend eine Person.

Moritz Scholz.

Ein Kandidat der Philologie ist bereit, im Griechischen, Latein, Französischen und in den Elementar-Wissenschaften um ein Billiges Unterricht zu ertheilen. Nähere empfehlende Auskunft wird Herr Consistorial-Rath Böhmer ertheilen.

Ein gut eingerichtetes Spezerei-Waaren-Geschäft hierorts, mit oder ohne Wohnung, ist wegen Familienverhältnisse baldigst zu verkaufen. Auf Briefe unter Adresse **G. M.** poste restante Breslau wird das Nähere mitgetheilt.

☞ Vacante Stellen ☜

für 2 der achtbarsten Mode- und Schnittwaaren-Geschäfte, so wie in einem der größten Spezerei-Waaren-Geschäfte sind Engagements zu Ostern d. J. zu vergeben. Näheres unter Chiffre **A. Z.** poste restante franco Breslau.

Politur-Spiritus,

90 %, offerirt billigst: das Dominium Giesmannsdorf bei Neisse.

Aecht v. Schütz'scher

Gesundheits-Taffet

nebst Gebrauchszettel, sowie der gewöhnliche

Wachs-Taffet

in gelb und grün ist zu haben bei

Wilh. Regner, Ring goldne Krone.

Grassamen-Verkauf.

Bei dem Dom. Süßwinkel, Kreis Oels, ist englisch Raigras von 1850er Ernte, der Centner zu 110 Pfund für 10⅓ Thaler zu haben.

Kauf-Gesuch eines Gutes.

Ein vom Dienst zurückgetreter Offizier sucht ein Gut im Preise von 30,000 bis 80,000 Thlr. anzukaufen durch das Komtoir von

Klemens Warnecke in Braunschweig.

NB. Auch werden für andere Kaufliebhaber noch mehrere größere und kleinere Güter gesucht. D. N.

Bleichwaaren

aller Art übernimmt und besorgt bestens

Wilh. Regner, Ring goldne Krone.

Frische Austern bei Ernst Wendt u. Cp.

Holsteiner und Ostender Austern, bei Gebrüder Friederici.

Ein **Musiklehrer** wünscht ein baldiges Engagement als Cellist und ertheilt auf Anfragen nähere Auskunft die Direktion des Glazer Musikvereins.

Ein neuer Handwagen mit eisernen Achsen steht zum Verkauf: Rosenthaler Straße Nr. 7.

---

2 Brettwagen und 1 Handwagen mit eisernen Achsen sind billig zu verkaufen: Matthiasstr. 25.

Wäsche wird gut und billig angefertigt, auch Namen gestickt: Antonienstr. 11, 2 Stiegen.

Eine ganz bequeme Lohnkutscher-Gelegenheit ist zu vermiethen Nr. 1, Siebenhubener Straße.

Ein großer brauner Jagdhund hat sich Universitätsplatz Nr. 10 beim Hauseigenthümer eingefunden und kann daselbst gegen Erstattung der Kosten abgeholt werden.

Das Dominium Ruppersdorf bei Strehlen beabsichtigt die Fleischerei, bestehend aus einem geräumigen Wohnhause, Schlachthause, Stall und Scheuer, nebst Garten und 3 Morgen Acker entweder zu verkaufen oder zu verpachten.

Das Nähere theilt der Sekretär **Gringer** daselbst mit.

Das große badische Anlehen von 14 Millionen Gulden,

von der Regierung errichtet und von den Landständen garantirt, enthält Gewinne von 50,000, 40,000, 35,000, 15,000, 12,000 bis abwärts 42 Fl. Aktien für die nächste am 28. Februar 1851 stattfindende Ziehung erläßt unterzeichnetes Handlungshaus à 1 Thlr., und verspricht prompte Zusendung der Ziehungsliste.

Julius Stiebel junior, Banquier in Frankfurt am Main.

Den abwesenden, kränklichen oder bejahrten Haus-Besitzern Breslau's empfiehlt sich ein kautionsfähiger höchst solider Bürger zur Verwaltung hiesiger Grundstücke. Offerten poste restante Breslau franco, Chiffre **M. T. E. C.**

Cigarren-Offerte.

Jose Rodriguez, Havanna	15 Thlr.,	100 Stück	1 Thlr. 18 Sgr.
Columbia de Republica	15 „	„	1 „ 15 „
Las tres Coronas, yellow	15 „	„	1 „ 15 „
La Alemana, amarillo	14½ „	„	1 „ 15 „
La Alabama, Regalia	14½ „	„	1 „ 15 „
Mira Flores, spotted	14 „	„	1 „ 12 „
Bablo Hermandez, leicht	14 „	„	1 „ 12 „
Cuba-Manila, mittelstark	14 „	„	1 „ 12 „
Regalia Flora, spotted	13⅓ „	„	1 „ 10 „
Fernando Sylva, Habanna	13 „	„	1 „ 10 „
Isabella, Habanna, f. Java	13 „	„	1 „ 10 „
Moreno, f. Cuba, stark	12½ „	„	1 „ 9 „
Imperial-Segars, mittelstark	11 „	„	1 „ 3 „
Schweizer-Segars, lang Format	7½ „	„	— „ 25 „

Sämmtliche Sorten empfiehlt als wirklich echte **Hamburger** und **Bremer Fabrikate** in schöner, abgelagerter Qualität die **Cigarren-** und **Tabak-Fabrik** von

Paul Koschny,

Schweidnitzerstraße Nr. 5, im goldenen Löwen.

Hiermit mache ich die ergebene Anzeige, daß ich am hiesigen Platze **Burgstraße Nr. 25** ein

Eisen-, Ungarwein-, Kommissions-, Speditions- und Inkasso-Geschäft

unter der Firma:

B. Troplowitz u. Comp.

errichtet habe. — Im Besitze hinreichender Fonds und mit nöthiger Geschäfts-Kenntniß versehen, bitte ich gehorsamst, meinem Etablissement Aufmerksamkeit schenken zu wollen und die Versicherung entgegen zu nehmen, daß ich bemüht sein werde, jeden geehrten Auftrag bestens auszuführen.

Berlin, den 13. Februar 1851. **B. Troplowitz.**

Gebrüder Bauer,

Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 11,

empfehlen ihr wohlassortirtes Magazin **eigener Fabrik** von

Spiegeln, Möbeln, Parquets und Polster-Arbeiten

im neuesten Geschmack, dauerhaft gearbeitet, zu angemessenen Preisen.

Englische Glanz-Wichse,

in Schachteln gefüllt, mit Gebrauchs-Anweisung, à 4, 2, 1 Sgr. 6 und 3 Pf., loose das Pfund 3 Sgr.; Wiederverkäufern, so wie den Herren Schuhmachermeistern offerire dieselbe in Schachteln und lose, nach Verhältniß der Abnahme zu bedeutend ermäßigteren Preisen. — Die Vorzüge dieser nach einem der besten engl. Rezepte angefertigten Wichse bestehen hauptsächlich darin: daß sie bei einem tiefen schwarzen Glanz, nicht nachtheilig auf das Leder einwirkt, und nie schimmlich oder fahl wird.

Wilhelm Prusse in Breslau,

Kolonial-Waaren-Handlung, Liqueur- und engl. Glanzwichse-Fabrik, Schmiedebrücke Nr. 34, neben der Universitäts-Apotheke.

Echte abgelagerte Pfälzer Cigarren

sind billigst zu verkaufen: Oderstraße Nr. 7, eine Treppe hoch.

= Saamen-Offerte. =

Alle Sorten Oekonomie-, Gemüse- und Blumensaamen von bekannter Güte, besonders stark gefüllt fallende **Sommerlevkoyen, Astern** und **Balsaminen** in Sortimenten, verschiedene Sorten Freilandpflanzen, **Zwiebel-** und **Knollengewächse, Phirsich-Spalierbäumchen, Weinpflanzen** 2c. empfehle ich zur gefälligen Abnahme. Preislisten werden auf Verlangen portofrei eingesandt.

F. Hannemann, fürstl. Hofgärtner zu Koschentin i. Oberschl.

Vermiethungs-Anzeige.

Ohlauer Straße Nr. 58 (goldene Krone) ist die Hälfte der dritten Etage von Ostern d. J. ab, so wie mehrere kleinere Wohnungen theils sofort, theils von Ostern d. J. ab zu vermiethen und zu beziehen.

Das Nähere beim Kommissionsrath **Hertel**, Seminargasse Nr. 15.

In Ruppersdorf bei Strehlen sind 140 edle zur Zucht vollständig taugliche Mutterschafe zu verkaufen, von denen 50 Stück zweijährig sind.

Es wird zu Ostern d. J. eine Gouvernante auf das Land gesucht. Die nähere Auskunft wird der Herr Konsistorialrath Falk in Breslau die Güte haben zu ertheilen.

Ein Vorderzimmer.

mit oder ohne Möbel in der 1. Etage, Ring Nr. 34, ist sofort zu vermiethen. Das Nähere beim Kaufm. **Joh. Sam. Gerlitz** daselbst.

Wegen Versetzung ist Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 9, in der ersten Etage, ein größeres Quartier mit Stallung zu Ostern zu vermiethen.

Schultzes Hôtel garni,

Albrechtsstraße Nr. 39,

empfiehlt sich einem hochgeehrten reisenden Publikum zur gütigen Beachtung.

Reis.: Wo logirt man hier gut und preismäßig?
Kutscher: In **König's Hôtel garni,**
Albrechtsstraße Nr. 33.

Fremdenliste von Zettlitz's Hôtel.

Madame Gersdorff aus Ob.-Glogau. Engl. Kabinets-Kourier Mohr aus London. Oberamtm. Braune aus Rothschloß. Gutsbes. Baron v. Kottwitz aus Nimptsch. Gutsbes. Baron v. Zedlitz-Neukirch aus Buchwald. Gutsbes v. Borch aus der Mark. Fräulein Letzer aus Freiburg.

London, 12. Februar. Indigo. Am heutigen zweiten Auktionstage gingen die Verkäufe ebenfalls sehr träge, zu ungefähr gestrigen Preisen ab. Von passirten 2382 K., größtentheils gering und mittel Madras- und Manila-, wurden nur 600 K. verkauft. 370 Sur. Guatimala- fanden zu 2 à 3d billigeren Preisen in Auktion Käufer. — 13. Februar. Am heutigen dritten Auktionstage passirten 2153 K., wovon nur 409 K. verkauft wurden. Der Ablauf war sehr matt, und Preise voll 4d unter Oktober-Werthen.

Rüböl ohne Veränderung.

Zink loco 4$\frac{7}{12}$ Br., 4 Rtl. 16 Sgr. zu machen. Gleiwitz 4 Rtl. 11 Sgr. zu machen.

---

15. und 16. Febr.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″11,62‴	27″11,35‴	27″11,27‴
Thermometer	— 1,0	+ 0,2	+ 2,2
Windrichtung	NW	NW	NW
Luftkreis	bedeckt	bedeckt	heiter

16. u. 17. Febr.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″11,02‴	27″10,47‴	27″10,43‴
Thermometer	+ 1,2	+ 0,9	+ 3,5
Windrichtung	NW	NW	NW
Luftkreis	bedeckt	bedeckt	überwölkt

Börsenberichte.

Breslau, 17. Februar. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95¼ Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or 113⅔ Br. Louisd'or 108 Br. Polnisch Courant 94⅓ Br. Oesterreichische Banknoten 78$\frac{11}{12}$ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 128½ Gl. Freiwillige preuß. Anleihe 106¼ Gl. Neue Staats-Anleihe 4½ % 100$\frac{7}{12}$ Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½ % 85$\frac{5}{12}$ Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4 % 99 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4 % 101$\frac{7}{12}$ Br., neue 3½ % 90⅚ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½ % 95⅚ Br., neue schlesische Pfandbriefe 4 % 102 Br., Litt. B 4 % 101⅔ Br., 3½ % 92 Br. Alte polnische Pfandbriefe 95 Br., neue 94½ Br. Polnische Schatz-Obligationen 79¼ Gl. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. — — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 % 77¾ Br., Priorität 4 % — Oberschlesische Litt. A 116⅙ Br., Litt. B 108½ Gl. Krakau-Oberschlesische 75⅔ Br. Niederschlesisch-Märk. 82¾ Gl., Priorität 5 % 103¾ Gl., Serie III 103¾ Br. Neisse-Brieger 40$\frac{11}{12}$ Gl. Köln-Mindener — — Priorität 103¾ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 38$\frac{5}{12}$ Br. — Wechsel-Course. Amsterdam 2 Monat 141½ Br. Berlin 2 Monat 99⅙ Gld. k. Sicht 100½ Br. Hamburg 2 Monat 150¼ Br., k. Sicht 150⅚ Br. London 3 Monat 6. 19⅓ Paris 2 Monat 80$\frac{1}{12}$ Br.

Redakteur: Nimbs.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.